

DP

DEUTSCHE POLIZEI

03/20

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



Ein starkes Team!



**Gewerkschaft
der Polizei**

PVAG Polizeiversicherungs-AG

Das Gemeinschaftsunternehmen
der GdP und der SIGNAL IDUNA Gruppe



Für alle Polizeibeschäftigten bleiben wir gemeinsam am Ball.

Als weltweit größte Interessenvertretung der Polizei setzt sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) für Ihre beruflichen Belange ein.

Die PVAG Polizeiversicherungs-AG, das Gemeinschaftsunternehmen der GdP und SIGNAL IDUNA Gruppe, bietet Ihnen als berufsständischer Versicherer spezielle Absicherung und Vorsorge.

GdP und PVAG – Ein starkes Team im Einsatz für Sie. Informieren Sie sich jetzt!

www.gdp.de – Telefon 030 3999210 – gdp-bund-berlin@gdp.de

www.pvag.de – Telefon 0231 1352551 – polizei-info@pvag.de

Kurz gesagt

Auf Wiedersehen DEUTSCHE POLIZEI, herzlich willkommen DP.

Wir stellen vor: das März-Magazin der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in neu gestyltem Gewand.

Wie bei Kleidung und Modetrends lässt sich bekanntermaßen trefflich über den Geschmack streiten. Natürlich sind wir sehr gespannt, ob der DP-Leserschaft das neue „Schnittmuster“ zusagt.

Kritik, Anregungen. Lob und Tadel werden wir sicherlich konstruktiven Leserbriefen entnehmen dürfen.

An dieser Stelle gilt unser Redaktionsdank in erster Linie Andreas Schulz. Der Berliner Grafikdesigner hat sich dieser Zeitschrift angenommen und in einem monatelangen Prozess ein zeitgemäßes, modernes Layout entwickelt, das von der ersten Vorstellungsrunde an durchweg für großes Interesse und deutlich spürbare Aufbruchsstimmung gesorgt hat.

Ebenso Dank gebührt den Redaktionen der Landes- und Bezirksjournale. Sie sind nach einer intensiven Herbsttagung den vorgeschlagenen Weg einmütig und voller Tatendrang mitgegangen. Sie hatten nicht nur die wenigste Zeit, sich mit dem neuen Layout vertraut zu machen, sondern waren auch gefordert, sich zeitnah mit dem ebenfalls frischen Online-Redaktionssystem auseinanderzusetzen.

Nun, wir haben es gemeinsam geschafft, aber: Nach dem Redaktionsschluss ist vor dem Redaktionsschluss. Weiter geht's ...

Viel Spaß mit der März-DP!

Die Redaktion

Titel

- 2 Das Datenhaus entsteht
- 4 Polizei 2020 – Die Zukunft der Polizei
- 7 Polizei 2020 – Chance nutzen
- 8 GdP in Fachforen und im Fokus der Medien

Hilfreich

- 12 Gegen Vermüllung und für Nachhaltigkeit
- 17 „Nein, lass das!“ – Mehr als ein Aufklärungsbuch für unsere Kleinsten
- 31 Neue Tätigkeitsmerkmale

Innenleben

- 16 „Keine Toleranz für Hass – weder auf der Straße noch im Netz“
- 21 Hohe Wahlbeteiligung stärkt das Mandat der Personalvertretungen
-  34 70 Jahre GdP
- 36 Vereinbarkeit: Beruf und Leben im Digitalzeitalter
- 36 Engagiertes Treffen der Süd-Senioren

Hinterfragt

- 18 Im Orkan der Gerüchte

Hingeschaut

- 33 Bewerbungsrunde eröffnet
- 37 Wie war es eigentlich 1989?

Im Gespräch

- 14 „Erhöhter Rekrutierungsbedarf nicht auf Kosten der Qualität“
- 28 Der Tropfen zu viel

Vor Ort

- 18 Austausch mit den Parteijugenden
- 18 Gespräche zur PDV 300

Termine

- 33 Internationale Sammler- und Tauschbörse

Forum

- 40 Lesermeinung
- 40 Impressum

DP Online

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie dieses Symbol kombiniert mit einem Sie interessierenden Artikel entdecken, dann haben wir online auf gdp.de im Menü „Zeitschriften/DP – DEUTSCHE POLIZEI“ beispielsweise weiteren Hintergrund oder Langfassungen, oftmals mit Quellenangaben, zum Download bereitgestellt.



Titel

DIE POLIZEI BRAUCHT EINE GEMEINSAME IT

Das Datenhaus entsteht

Beim Europäischen Polizeikongress lud die GdP den BKA-Präsidenten Holger Münch zum exklusiven Gespräch über das vielleicht ambitionierteste Programm der Polizeien hierzulande: „Polizei 2020“.



Medienvertreter „löcherten“ BKA-Präsident Holger Münch und GdP-Vize Jörg Radek (l.) nach ihren Statements.

Anfang Februar im Berliner Congress Center. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßte an ihrem Kongressstand den Präsidenten des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, zu einer gemeinsamen Presserunde mit Jörg Radek, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender. Es ging um das derzeit wohl wichtigste polizeiinterne Thema „Polizei 2020“.

Die Kriminalität werde immer internationaler, auch mobiler und digitaler, betonte

Münch. Darum könne die Bekämpfung nicht nur lokal sein. „Wir müssen uns stärker vernetzen“, appellierte er und illustrierte das Warum an folgendem Beispiel: „Bei Wohnungseinbrüchen handelt es sich häufig um ausländische, also um reisende Täter. Im Rahmen der Ermittlung vereinbart das BKA mit den Ländern, welche Daten zugeliefert werden. Diese landen zur Auswertung in einer gemeinsamen Datei. Das ist notwendig, um länderübergreifende und internationale

Einsätze zu erkennen. Nur dauert das Monate. Und wenn wir so weit sind, sind die Täter schon wieder ganz woanders.“

Nicht ablesbare Zusammenhänge

Das Problem liege in der Fragmentierung der IT-Technik, verdeutlichte der BKA-Chef. „Neben dem Zentralsystem INPOL haben wir 19 Teilnehmersysteme. Und in den Ländern selbst haben wir zusätzlich die eigentlichen Bearbeitungssysteme. Zusammenhänge zwischen verschiedenen Daten sind daraus aber nicht ablesbar. Das verlangsamt unsere Arbeit. Und deshalb brauchen wir eine neue, einheitlichere Architektur.“

Fakt sei, föderal gehe nur noch digital, plädierte Münch. „Das ist unsere gemeinsame Überzeugung – und nur noch auf einer gemeinsamen Plattform.“ Jeder Polizist und jede Polizistin solle die Daten haben, die sie haben dürften und die sie brauchten. „Unsere Ermittler müssen Zusammenhänge schnell erkennen können, auch länderübergreifend. Und der Polizist auf der Straße muss alle Informationen verfügbar haben, die er benötigt, um sein Einsatzgeschehen zu bewältigen – auch mobil.“

Ein weiteres Argument für eine starke Vernetzung sei das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum BKA-Gesetz. „Demnach sollen wir die hypothetische Datenneuerhebung umsetzen. Kurz gesagt: Wir dürfen ein Datum nur in anderen Zusammenhängen nutzen, wenn wir es auf die gleiche Art erheben dürfen. Dementsprechend müssen wir jetzt alle Daten gemäß ihrer Herkunft kennzeichnen. In unserem alten, fragmentierten System mit einer Vielzahl an Datentöpfen ist das unmöglich.“

Alle unter einem Dach

Münch erläuterte: „Wir brauchen ein gemeinsames Datenhaus. Alle unter einem Dach, aber jeder mit seiner eigenen Wohnung. Dort liegen alle Daten von Bund und Ländern. Zugriffsrechte lassen sich darin mit einem Klick erteilen und entziehen. Auch die gemeinsame Softwareentwicklung für Bund, Länder und Dritte soll darüber möglich sein.“ Die Technik werde zentral vom BKA verantwortet. Für Datenschüt-

„Föderal geht nur noch digital!“

Holger Münch, BKA-Präsident



Foto: Bensmail

zer bedeute das mehr Transparenz, betonte er und stellte in Aussicht: „Sie müssen jetzt nur noch ein einziges Haus inspizieren.“

Die Herausforderung an „Polizei 2020“ sei es, während des Umbaus sicherzustellen, dass alle Daten und Instrumente immer verfügbar seien. „Einfach abschalten und sagen: in zwei Wochen starten wir neu, ist undenkbar. Stattdessen betreiben wir parallel zum Umbau Neuentwicklungen“, sagte Münch. Das Ziel sei indes klar. Ein entscheidender Punkt dabei sei die gemeinsame Finanzierung. Übrigens: Der Bund stelle die Kerninfrastruktur. Und: Das BKA habe dafür in den nächsten Jahren eine dreistellige Millionensumme in den Haushalt einplant.

Mittelfristig bezugsfertig

„Polizei 2020“ liege eine Fünf-Jahres-Strategie zugrunde, erklärte der BKA-Präsident den zu früher Stunde angerückten Journalisten. In spätestens zwei Jahren solle das Datenhaus stehen, sodass es bestückt werden könne. Dann werde zunächst das INPOL-System integriert „und alle Länder erhalten ein gemeinsames Fallbearbeitungssystem“. Die ersten sechs Länder und der Bund – Bundespolizei und BKA – würden im Mai damit ausgestattet, kündigte er an. „2021 werden es zehn weitere Länder sein, und 2022 geht es dann an die restlichen Länder.“

Zudem gelte es, den nächsten großen Brocken – die Vorgangsbearbeitungssysteme der Länder – anzugehen. Münch zufolge wird das am weitesten entwickelte System der Länder als Übergangslösung für alle genutzt. „Dieses System soll dann bis spätestens 2022 soweit sein, dass jedes Land darauf Zugriff hat. Dann hätten wir auch einen Schritt in die Richtung einheitliches Vorgangsbearbeitungssystem getan“, äußerte sich der BKA-Präsident optimistisch.

Das alles, schränkte Münch ein, werde der Schutzmann auf der Straße noch gar nicht richtig merken. „Wir identifizieren derzeit sogenannte Quick Wins, das sind digitale Lösungen, die den Arbeitsalltag unmittelbar erleichtern sollen.“ Die Bundespolizei nutze bereits eine App zur Fahndung. Damit ließen sich vor Ort Personenkontrollen durchführen. „Und genau das ist so ein Quick Win für uns.“ Quick Wins, damit die Schutzleute schon mal sähen: da tue sich was.

So werde für jede Anwendungsoberfläche entwickelt. „Dabei ist der erste Schritt die Vereinheitlichung, der zweite Schritt ist Innovation“, verdeutlichte der BKA-Präsident.

Optimale Arbeitswerkzeuge

„Als Gewerkschaft setzen wir uns für unsere Kolleginnen und Kollegen ein, so dass sie immer das optimale Arbeitswerkzeug zur Verfügung haben“, führte GdP-Vize Radek aus. In den letzten Jahren sei es immer wieder zu der völlig falschen Interpretation gekommen, Polizei sei Ländersache. Die Folge: eine unübersichtliche Vielfalt von Beschaffungsprozessen, Daten und Architekturen im IT-Bereich. „Das war alles nur schwer oder gar nicht kompatibel. Deswegen unterstützen wir das Programm ‚Polizei 2020‘“, so Radek.

Die GdP erkenne darin eine Arbeitsoptimierung der Polizeiarbeit. „Der Begriff Datenhaus gefällt mir gut. Er illustriert sehr anschaulich, wie alle unter einem Dach organisiert sind und Teil haben. Einer globalen Bedrohung durch eine vernetzte Kriminalität können wir nur so begegnen. Das ist genau die richtige Einstellung“, betonte Radek.

Selbstbestimmt bleiben

Als Gewerkschafter betrachte er diese Neuerung aber auch unter dem Aspekt Arbeitnehmerschutz. Radek sagte: „Die Kollegenschaft will und soll selbstbestimmt bleiben – auch im Digitalen. Das bedeutet auch, nicht permanent verfügbar zu sein. Das Stichwort ist Zeitsouveränität.“ Es sei Aufgabe der GdP, dafür Sorge zu tragen, dass die Technik am Ende zu keiner weiteren Belastung der Menschen führe, sondern eine positive Weiterentwicklung im Sinne der Mitarbeiter darstelle.

Clevere Köpfe

Ein weiterer Punkt, der der GdP in diesem Zusammenhang am Herzen liege, sei das Thema Personalgewinnung. „Für die Pflege dieser Systeme brauchen wir clevere Köpfe. Und da stellt sich die Frage: Sind wir finanziell für diese Art von Experten überhaupt attraktive Arbeitgeber?“ Radek zufolge braucht die Polizei eine Attraktivitätsoffensive, um das Personal für sich zu gewinnen, das diese Systeme am Laufen hält und sie weiterentwickelt. ■



Foto: Bensmail

Der Gemeinsamkeit ausstrahlende Begriff Datenhaus gefalle ihm gut, sagte GdP-Vize Jörg Radek (m.). Bei allem technischen Fortschritt müssten die Beschäftigten jedoch auch im Digitalen selbstbestimmt bleiben. Im Bild links: Dietmar Schillf, ebenso stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender.

AMBITIONIERTES „BAUPROJEKT“

Polizei 2020 – Die Zukunft der Polizei

Es soll Großes geschehen. Einzelkämpfer können dabei nichts ausrichten. Ein großes Maß an Gemeinsamkeit und der Wille, prinzipiell Bahnbrechendes zu erreichen, dafür steht „Polizei 2020“.

Dr. Rainer Stentzel



Foto: privat

Polizeiarbeit ist Handarbeit. So jedenfalls mag es sich für viele Polizistinnen und Polizisten anfühlen, wenn sie händisch Arbeitsprozesse bewältigen, die andernorts digital im Hintergrund laufen. Das mag durchaus ernüchternd wirken. Statt für Sicherheit und Gerechtigkeit zu sorgen, gilt es die Bürokratie des Polizeialltags zu bezwingen.

Mit dem Programm „Polizei 2020“ sollen neue Zeiten anbrechen: Das zentrale Ziel be-

steht in der Entbürokratisierung polizeilicher Arbeit. Polizistinnen und Polizisten sollen sich auf das Wesentliche konzentrieren können. Bei Licht betrachtet, muss sich die Polizeiarbeit in Deutschland grundlegend verändern. Die Neuordnung der polizeilichen IT-Architektur ist dabei nur ein wichtiger Aspekt. IT ist kein Selbstzweck, denn: Prozessketten sollen gestrafft und polizeiliche Fähigkeiten optimiert werden.

Mühsam und zeitraubend, langwierig und fehleranfällig

Ausgangspunkt ist die veraltete Dateilandschaft der Polizeien von Bund und Ländern. Nicht nur die relevanten Informationen ruhen in verschiedenen Dateien und Silos, auch die damit einhergehenden Systeme sind, wie es so schön heißt, „historisch gewachsen“. Daten müssen mehrfach erhoben werden, Prozesse sind ineffektiv und insbesondere in der Analyse beschränkt. Abfragen können sehr mühsam und zeitraubend werden. Einen Zusammenhang zwischen einzelnen Informationen zu erkennen, ist häufig nur schwer bis gar nicht möglich.

Am Beispiel von Wohnungseinbrüchen, bei denen reisende Tätergruppen grenzübergreifend umherziehen, wird das deutlich. Die Länder sammeln und speichern die relevanten Daten natürlich, aber es fehlt ein zentraler Zugriff, obwohl dies notwendig und rechtlich möglich wäre. Aktuell wird das einzige zentrale Verzeichnis durch das Bundeskriminalamt (BKA) bereitgestellt. Allerdings liegen dort nicht alle relevanten Daten vor. Möchte ein Ermittler länderübergreifende Zusammenhänge feststellen, müssen Informationen schlimmstenfalls aufwändig händisch aus vielen verschiedenen Systemen gezogen werden. Das ist langwierig und fehleranfällig.



BUNDESWEITE KOMPATIBILITÄT

Verfahren in Bund und Ländern einfacher bedienbar und besser nutzbar.



VERNETZTE DATENANALYSE

Umfassend, automatisch und auf Künstlicher Intelligenz (KI) basierend.

Illustrationen: karadesign

Nicht kompatible Sprache

Dazu gibt es zahlreiche für verschiedene Aufgaben eingeführte spezielle Fachanwendungen. Zu Vorgangs- und Fallbearbeitungs-, Fahndungs- sowie Asservatenmanagementsystemen kommt eine Vielzahl an weiteren dazu. Bei einer Betrachtung derer hat eine Sachstandserhebung im Rahmen der Arbeiten an Polizei 2020 ergeben, dass über 70 Prozent der Funktionen in mehr als einem System vorhanden sind.

Es zeigt sich: Föderale Unterschiede stellen in der Vergangenheit oft ein großes Problem dar oder waren mit erheblichen Mehraufwänden verbunden. Dabei ist es heute nicht mehr zeitgemäß, dass Technik hinter jeder Landesgrenze anders aufgebaut ist, dadurch eine eigene „Sprache“ spricht und oft nicht kompatibel ist.

Der viel versprechende Weg

Mit Polizei 2020 wird das polizeiliche Informationswesen neu gedacht. Erforderliche Informationen stehen jederzeit und überall zur Verfügung – beim Einsatz im Rahmen einer Verkehrskontrolle auf der Straße ebenso wie bei der großangelegten Aufklärung im Bereich der organisierten Kriminalität. Entsprechende Erkenntnisse können einfach ausgewertet werden. Die Verfahren der Polizeien in Bund und Ländern werden einfacher bedienbar und besser nutzbar.

Durch einheitliche und intelligente Suchalgorithmen wird eine höhere Treffervalidität erzielt. Die Fall- und Sachbearbeitung und somit auch Ermittlungen werden mit der Umsetzung von Polizei 2020 deutlich vereinfacht. Informationen lassen sich schneller miteinander abgleichen, verifizieren und austauschen. Das mehrfache Erheben und Eingeben von Daten entfällt. Für die Polizistinnen und Polizisten werden weniger Arbeitsschritte notwendig sein, um ihren Aufgaben nachzukommen.

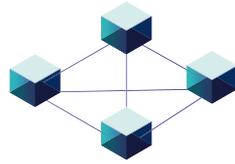
Auf Knopfdruck

Die wesentliche Grundlage eines modernen Informationswesens ist die Infrastruktur. Das BKA treibt zunächst den Aufbau einer zentralen, digitalen und intelligenten Plattform – die sogenannte Polizei-Service-Plattform (PSP) – fokussiert voran. Darauf aufbauend wird ein Datenhaus die Informationen zentral, unter Beibehaltung des Länderbesitzes bereithalten. Die Datenqualität verbessert sich durch die einheitliche Datenhaltung erheblich und stellt eine schnellere Verfügbarkeit von Informationen sicher.

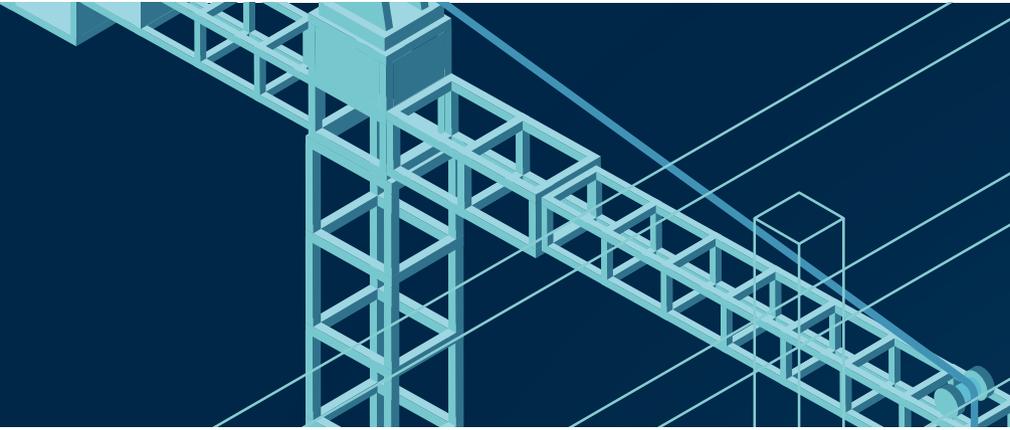
Dadurch kann jederzeit und an jedem Ort im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten endgeräteunabhängig auf Anwendungen, Daten und Informationen zugegriffen werden. Umfassende, automatische und auf Künstlicher Intelligenz (KI) basierte Analysen werden dadurch überhaupt erst ermöglicht, und das auf Knopfdruck. Eine vernetzte Datenbasis und kluge Algorithmen vereinfachen die Auswertung komplexer Sachverhalte wie unstrukturierte Massendaten oder die Personen- und Objekterkennung in Bildern und Videos.

Durch die tagesaktuelle Kriminalitätslageabbildung wird der Einsatz der Polizeien in Bund und Ländern besser planbar und bietet eine Grundlage für tiefergehende und neue Ermittlungsansätze. Ausgefeilte Zugriffsberechtigungen ermöglichen die Nutzung der Daten erst dann, wenn sie für den bestimmten Einsatzzweck tatsächlich notwendig sind. Ein dynamisches Berechtigungsmanagement stellt die notwendigen Zugriffe sicher.

Aufgabenbezogene Funktionen lösen komplexe und zahlreiche Bestandssysteme ab. Entsprechende aufgabenbezogene Anwendungen sollen nach ihrer Entwicklung allen Bedarfsträgern zur Verfügung stehen. Flexible Schnittstellen garantieren die Vernetzung der Module untereinander und zu weiteren Systemen und Registern. Das große und ambitionierte Ziel ist es, Daten, Funktionen und Anwendungen auf einer Plattform zu zentralisieren und zu vereinheitlichen.



**ORGANISATION
ENTWICKELN**
Berücksichtigung
zusammenhängender und
unterschiedlicher
Arbeitsweisen.



Deutliche Erkenntnisgewinne

Ein Blick in die Zukunft zeigt, dass am Beispiel einer eigentlich harmlosen Verkehrskontrolle deutliche Erkenntnisgewinne möglich sein werden: Beamte halten ein Auto verdachtsunabhängig im Rahmen einer Verkehrskontrolle an. Die Erfassung der Kfz-Papiere durch ein mobiles Endgerät erfolgt per Kamera. Da der Fahrer keine Ausweispapiere vorzeigen kann, wird er erkenntnisdienlich behandelt und der Fingerabdruck mittels Fast-ID digital weiterverarbeitet. Im Hintergrund läuft eine Abfrage des automatisierten Fingerabdruck-Identifizierungssystems (AFIS) sowie des Schengener Informationssystems (SIS).

Der Beamte vor Ort erhält eine für ihn in diesem Moment wichtige und wertvolle Information: Es stellt sich heraus, dass gegen den Fahrer Ermittlungen im Zusammenhang mit Drogen stattfinden. Das Auto wird daraufhin durchsucht, ist bis auf große Mengen von Dünger jedoch unverdächtig. Eine Ermittlerin in einem parallelen, verdeckten Verfahren erhält eine automatisierte Mitteilung, dass sich „ihr“ Verdächtiger in der Verkehrskontrolle befindet. Sie kann nun in die direkte Kommunikation mit den Beamten vor Ort eintreten. Dabei stellt sich heraus, dass sich der Verdacht auf Sprengstoffherstellung aufgrund des Düngers im Rahmen des verdeckten Verfahrens erhärtet und die Festnahme erfolgen kann. Erste Daten können mobil direkt ergänzt werden. Medienbrüche, Fehlerfassungen und Nacharbeiten gehören damit der Vergangenheit an.

Umfassendes Organisationsentwicklungsprojekt

Wir hören nicht bei den IT-Systemen auf, sondern müssen die notwendigen Arbeitsschritte zur Erledigung der Aufgaben von Polizistinnen und Polizisten mit betrachten. Die zusammenhängenden und oft unterschiedlichen Arbeitsweisen müssen bedacht und berücksichtigt werden. Das erfordert wiederum den Willen zu Veränderung, von der Basis bis in die Leitungsebene. Eine bessere Vernetzung der Polizeien von Bund und Ländern ist nicht nur technisch zu lösen, sondern muss ganzheitlich erfolgen. Letztendlich ist Polizei 2020 kein IT-Projekt, sondern stellt ein umfassendes Organisationsentwicklungsprojekt dar.

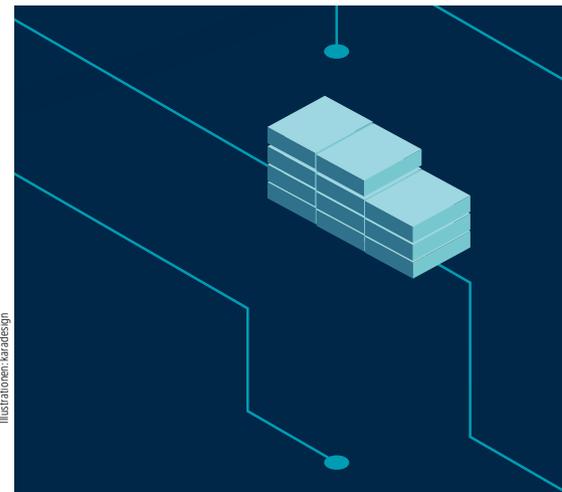
Außerdem wird der Datenschutz zentral gestärkt. Ein Beispiel anhand von Wohnungseinbrüchen: Das Verzeichnis ist in einer Datei gespeichert und könnte überall abgelegt, leicht gelesen, verändert und weitergegeben werden. Nachvollziehbar und transparent ist das nicht. Ein intelligentes Identitäts- und Zugriffsmanagement stellt sicher, dass Daten vor unberechtigtem Zugriff geschützt werden. Durch eine umfassende Protokollierung aller Verarbeitungsvorgänge werden Datenschutzkontrollen für die zuständigen Stellen wesentlich erleichtert.

Auch die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz muss sich verändern. Mit dem Programm soll die Grundlage dafür gelegt werden, dass alle erforderlichen und relevanten Informationen von Polizei und Justiz besser ausgetauscht werden können. Der Austausch soll unmittelbar durch digitale und medienbruchfreie Prozesse erfolgen.

Es läuft bereits

Bereits heute werden konkrete Vorhaben umgesetzt. Mit dem Polizeilichen Informations- und Analyseverbund (PIAV) wird die länderübergreifende operative und strategische Kriminalitätsanalyse vereinheitlicht. Durch einen durchgängigen Informationsaustausch zwischen den Polizeien des Bundes und der Länder können etwaige zusammenhängende Straftaten identifiziert werden. Die Auswertungs- und Ermittlungsarbeit im Verbund erfährt damit bereits eine maßgebliche Stärkung, und die Informationszusammenarbeit der Polizeien hierzulande wird auf eine technisch, fachlich und organisatorisch zeitgemäße Basis gestellt. PIAV kann somit als ein wesentlicher Bestandteil von Polizei 2020 verstanden werden.

Im Zuge der PIAV-Umsetzung wurde deutlich, dass die andauernden Anpassungsarbeiten an den Zulieferungssystemen (unter anderem Fallbearbeitungssysteme) der PIAV-Teilnehmer eine große Herausforderung für die Bundes- und Landesbehörden darstellt. Vor diesem Hintergrund hat der Bund angeboten, die Fallbearbeitungssysteme der Bundesbehörden BKA und Bundespolizei (BPOL) zu vereinheitlichen und so zu gestalten, dass die neue einheitliche Software auch von den Ländern als PIAV-Zulieferungssystem genutzt werden kann. eFBS (Einheitliches Fallbearbeitungssystem) war geboren und Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg sowie Hessen werden mit BKA und BPOL in diesem Jahr in den Wirkbetrieb gehen. Im Zuge der Weiterentwicklung werden weitere Länder folgen.



Der gemeinsame Strang

Ein erster Schritt ist schon jetzt erreicht, weil im Programm Polizei 2020 alle Länder und der Bund gemeinsam an einem Strang ziehen. Die Grundlagen für die gemeinsame Plattform und das Datenhaus werden gelegt. Darauf aufbauend soll ein Vorgangsbearbeitungs- und Asservatenmanagementsystem zentral bereitgestellt werden.

Insgesamt handelt es sich um ein mehrjährig andauerndes Programm, das durch den Bund und die Länder gemeinsam umgesetzt wird. Dies erfordert neben dem Willen zur Veränderung auch die notwendigen finanziellen Mittel. Der Polizei-IT-Fonds hat eine gemeinsame Finanzierung ab 2020 etabliert. Die größte Herausforderung ist im Moment, dass der Personalaufwuchs und die dauerhafte Personalentwicklung vorangetrieben werden. ■

DP-Autor Dr. Rainer Stentzel ist seit 2017 als Ministerialdirigent Leiter der Unterabteilung Öffentliche Sicherheit im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und damit für Rechts- und Grundsatzangelegenheiten verantwortlich. Neben der Fachaufsicht über das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz werden dort Konzepte zur Verbrechensbekämpfung, Prävention und Abwehr von Extremismus und Terrorismus entwickelt sowie Gesetzentwürfe erarbeitet. Darüber hinaus verantwortet der Jurist den Datenschutz im Sicherheitsbereich sowie das Programm Polizei 2020.



Auch für die GdP ist das Programm Polizei 2020 gestartet.

NEUE GdP-IT-KOMMISSION NIMMT ARBEIT AUF

Polizei 2020 – Chance nutzen

Christian Ehringfeld

Bundeskongress 2018: Die JUNGE GRUPPE (GdP) hatte auf die Einrichtung eines gewerkschaftlichen Expertengremiums zu den Themen „Polizei 2020“ und „Digitalisierung der Polizei“ gedrängt. Eine gute Entscheidung. Die erste Sitzung der neu gegründeten Kommission Informationstechnik Ende Januar in Berlin hat genau das bestätigt.

Was unter dem Stichwort Industrie 4.0 für die Zukunft der industriellen Produktion gilt, stellt auch die Polizeien hierzulande vor besondere Herausforderungen. Die optimale Vernetzung, verbunden mit einem effizienten Informationsaustausch über föderale Ländergrenzen hinaus, ist im Zeitalter der Digitalisierung schon lange kein Wunschenken mehr. Die Grundintention des Programms Polizei 2020 ist daher absolut richtig und wichtig: Vereinheitlichung und Modernisierung der Informationsarchitektur der deutschen Polizei – und damit verbunden die Auflösung des föderalen polizeilichen System-Dschungels.

Aber das kann dauern ...

Mit der Umsetzung des Programms ist allerdings nicht nur eine technische, sondern

auch eine organisatorische Harmonisierung verbunden. Das Vorhaben wird mittel- bis langfristig die gesamte deutsche Polizei verändern. Keine leichte Aufgabe, durchaus unterschiedliche Interessen und Prozesse zwischen Ländern und Bund in Einklang zu bringen und dabei die rechtlichen Vorgaben nicht zu verletzen.

Das wird uns fordern ...

Polizei 2020 wird die neue IT-Kommission der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in den nächsten Jahren sicherlich des Öfteren fordern. Neue Software muss auch nach neuesten Erkenntnissen entwickelt werden. Eine hohe Benutzbarkeit (Usability) verbunden mit einem intuitiven Design und schnellen Reaktionszeiten sind gleichermaßen von Bedeutung wie die Gewährleistung von Datenschutz und Barrierefreiheit.

Das frühzeitige Einbinden und die Mitbestimmung der GdP, der Personalvertretungen und der Polizeibeschäftigten ist sicherlich notwendig. Dann kann das ambitionierte Programm und die Vision einer bundesweit modernen und zukunfts-fähigen Polizei erfolgreich zur Realität werden. ■



23. EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS

GdP in Fachforen und im Fokus der Medien

Ein traditioneller Berliner Termin. Es geht um den Rechtsstaat, hierzulande und in Europa. Und am GdP-Stand geben sich Polizeiexperten und Medienvertreter die Klinke in die Hand.



GdP-Vize Jörg Radek (l.) im Kongress-Fachforum zur europäischen Grenz-sicherung. Gleich vier Experten-Panels wurden von GdP-Vertretern besetzt.

Rund 1.500 Polizeiexpertinnen und -experten aus dem In- und Ausland tauschten sich beim 23. Europäischen Polizeikongress in Berlin Anfang Februar über aktuelle Fachthemen und Entwicklungen aus. Als Schwerpunkt erörterten die Vertreterinnen und Vertreter der Sicherheitsbehörden „Europa: Rechtsstaat durchsetzen“. Hochkarätige Redner und Referenten, darunter Bundesinnenminister Horst Seehofer, der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA),

Holger Münch, sowie Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, schilderten die aktuelle Sicherheitslage hierzulande, warfen aber auch einen Blick auf die Herausforderungen, denen sich die Polizeien Europas stellen werden müssen. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) war traditionell mit einem attraktiven Stand vertreten, der sich wie schon in den vergangenen Jahren als ein Gesprächsmagnet und idealer Ort für ein polizeiliches „Networking“ erwies.

Unbeantwortete Briefe

Mehrere Mitglieder des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes mit dem GdP-Vizevorsitzenden Jörg Radek an der Spitze standen an beiden Tagen für Gespräche zur Verfügung, vertraten jedoch auch in mehreren Fachforen GdP-Positionen zu vielfältigen Themenbereichen. So referierte Radek über die Grenzsicherung als europäische Aufgabe. Diese hatte zuvor bereits Seehofer auf dem Sprechzettel. Jemandem, der in seinem Vortrag sooft das Wort Ordnung in den Mund nahm, kann zugestanden werden, dass Ordnung für ihn grundsätzlich wichtig ist.

Auf der anderen Seite aber scheint ja doch einiges in Unordnung zu sein. Zwar leben wir Seehofer zufolge im besten Rechtsstaat aller Zeiten, jedoch zeigte er sich gegenüber den Teilnehmenden des Kongresses enttäuscht über den Sicherheitsstatus der EU-Außengrenzen. Die dortigen Kontrollen müssten nämlich funktionieren, täten es aber nicht. Umso wichtiger sei es, Frontex personell zu stärken. Und zwar schneller als abgemacht. Bis 2027 sei es doch eine ziemlich lange Zeit. Dann müsse eben selbst stärker kontrolliert werden, lieferte er gleich eine dem Problem angemessene Lösung.

Die intensivierete Schleierfahndung habe Gewaltiges an illegalen Grenzübertritten oder per Haftbefehl gesuchten Personen offenbart. Fälle wie der des Großfamilienchefs „Miri“ oder bekannt gewordene Mehrfachidentitäten von Einreisenden verunsicherten die Bevölkerung. Um Nachahmer wirksam abzuschrecken, müsse der Rechtsstaat – und da wäre sich die Koalition einig – konsequent handeln. „Wir müssen wissen, wer bei uns ist“, betonte der Minister, Migration sei unzweifelhaft eine humanitäre Notwendigkeit, jedoch nur in den Grenzen von Recht und Ordnung. „Überdehnen wir unsere Möglichkeiten, werden politische Ränder gestärkt“, stellte Seehofer fest. Und das eben auch vor dem Hintergrund eines nicht funktionierenden Dublin-Abkommens, wo „unsere Briefe an manche Länder oft noch nicht einmal beantwortet werden“.

Der Politiker kündigte an, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr vor allem für das Abstimmen einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik nutzen zu wollen. Schließlich sei der Migrationsdruck

hoch. In der Türkei, in Griechenland, Syrien, Afghanistan und Pakistan warteten Millionen Menschen auf einen Weg nach Europa. 2015 dürfe sich jedoch nicht wiederholen.

Diesem Minister-Appell schloss sich Radek zwar gerne an, mahnte jedoch in einer zu Beginn des Kongresses veröffentlichten Presseerklärung Verbindlichkeit für die Frontex-Pläne an. So müsse der geplante Ausbau der EU-Grenzschutzagentur auf 10.000 Einsatzkräfte pünktlich realisiert werden. Es werde allerdings schwierig, den von Deutschland geforderten Personalbeitrag von 1.300 entsendeten Polizistinnen und Polizisten in diesem Jahr schon leisten zu können. Radek betonte: „Zeitziel, Personalverteilung und Rahmenbedingungen müssen natürlich fixiert sein. Fakt ist aber, das Personal haben wir derzeit nicht zur Verfügung, weder die Bundespolizei noch die Länderpolizeien“. Keinen Sinn macht es Radek zufolge, Beamte an die EU-Außengrenzen zu schicken, „die uns dann bei den im vergangenen Herbst eingerichteten mobilen Kontrollen an den deutschen Grenzen fehlen.“ Außerdem sollte das Freiwilligkeitsprinzip bei den eingesetzten Beamtinnen und Beamten auch künftig erhalten bleiben, plädierte der Gewerkschafter, der auch dem GdP-Bezirk Bundespolizei vorsteht.

Es geht ums Geld

GdP-Zoll-Experte Frank Buckenhofer widmete sich in einem Fachpanel aktuellen Phänomenen der Finanzkriminalität. Fast täglich sei zu erleben, dass nationale Instrumente zur Steuerung und Überwachung der Märkte an Wirkung verlören. Dazu komme, dass die soziale und rechtsstaatliche Ordnung durch Steuer-, Finanz- und Wirtschaftskriminalität, Geldwäsche und Organisierte Kriminalität zunehmend bedroht werde. „Da mischen aber nicht nur kriminelle Clans oder Rocker, Hacker und Darknet-Droghändler mit, sondern Menschen mit weißen Kragen in teuren Anzügen“, verdeutlichte Buckenhofer. Es etablierten sich kriminelle Strukturen, die dazu da seien, immense illegale Gewinne zu erzielen. Steuer-, Finanz- und Wirtschaftskriminalität, Geldwäsche und Organisierte Kriminalität wucherten geradezu. In der Folge bauten sich gigantisch inkriminierte Vermögen auf. „Und diese Entwicklung bedroht auf Dauer



Foto: Zielesko



Foto: Besenhal

Hagen Husgen, Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes und sächsischer Landeschef, stand dem Mitteldeutschen Rundfunk Rede und Antwort.

Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) nutzte wie im vergangenen Jahr die Gelegenheit auf einen kurzen „Boxenstopp“ bei der GdP. Jörg Radek (r.) und Dietmar Schilff (l.), beide stellvertretende Bundesvorsitzende, erwiesen sich als gute Gastgeber.



Foto: Zielesko

Eckhard Christian Metz (m.), Vorsitzender des GdP-Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei, freute sich über einen kleinen Plausch mit seinen rund um den Kongress eingesetzten Kollegen.



GdP-Zollexperte Frank Buckenhofer plädierte für eine bessere Vernetzung der wichtigsten Akteure im Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität.

Foto: Bensmail

Bundesinnenminister Horst Seehofer (l.) und GdP-Vize Jörg Radek in einem kurzen Meinungsaustausch vor dem Beginn des Polizeikongresses.



Foto: Bensmail

Um die föderalen Herausforderungen der Bereitschaftspolizeien ging es in einem Kongress-Fachforum unter Leitung des stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Dietmar Schilff (Bildmitte).



Foto: Zielesko

jedes sozial, wirtschaftlich und rechtlich geordnete demokratische Gemeinwesen“, sagte er.

Eine gute Lösung wäre, die wichtigsten Akteure im Kampf gegen Wirtschaftskriminalität, Polizei, Zoll und Steuerfahndung deutlich besser zu vernetzen. Genau das sei die große Schwäche, es gebe keinen regelmäßigen Austausch von Polizei und Zollbehörden – und schon gar nicht mit den Steuerfahndern. Was neben einer Bundesfinanzpolizei gebraucht werde, sei eine Zentralstelle für den Bereich der Delikte im Zuständigkeitsbereich der Steuerfahndungen. Das Zollkriminalamt könnte hier eine Art Bundeskriminalamt der Steuerfahndungen werden. „Wir wollen der Spur des Geldes folgen. Wir müssen die aufwändigen Struktur- und Finanzaufstellungen sowie die Vermögensabschöpfung einfach deutlich effizienter gestalten“, betonte der Zollfachmann.

Planbare Wochenenden

Moderiert von GdP-Vize Dietmar Schilff stellte das Forum „Bereitschaftspolizeien – Herausforderungen im föderalen System“ die Arbeit der Geschlossenen Einheiten bei länderübergreifenden Einsätzen in den Fokus der Beratungen. Der Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, Andreas Backhoff, verdeutlichte die gegenwärtige Einsatzsituation und stellte eine weit überwiegende Kompatibilität und eine insgesamt recht gute Ausstattung der Bereitschaftspolizeien fest. Kritische Worte fand er zur Häufung der Pflichtdienstunterstützung in den Ländern und den damit verbundenen ständig wechselnden Dienstanlässen. Die Länder sollten über ihren Tellerrand schauen und ihre Bereitschaftspolizeien im erforderlichen Maß stärken. Das sei eine Forderung, die er als „General ohne Armee“, wie Backhoff sich selbst bezeichnete, immer einmal wieder gegenüber den Ländern erheben müsse.

Versammlungsrechtsexperte Prof. Hartmut Brenneisen skizzierte den föderalen Flickenteppich im Bereich der Versammlungsgesetze und Eingriffsbefugnisse. Dieser wirke nicht nur negativ auf die Arbeit der Bereitschaftspolizei, sondern ebenso auf die Rechtssicherheit beim Bürger. So könne man mit angelegter Vermummung in Sachen-Anhalt unbescholten zum Fußball ge-



GdP-Vize Radek beim „Außentermin“ mit den Einsatzkräften rund um den Europäischen Polizeikongress in der Nähe des Berliner Alexanderplatzes.

Foto: Zielasko

hen, während man in gleicher Aufmachung in Sachsen eine Straftat begehe. Noch drastischer seien die unterschiedlichen Regelungen zum Sicherheitsgewahrsam. Während in Berlin und Brandenburg höchstens vier Tage zugelassen sind, ist dies in den Ländern Schleswig-Holstein und Bremen auf bis zu ein ganzes Jahr begrenzt.

Die Kompatibilität seiner Einheiten, insbesondere durch die Vernetzung im sogenannten Nordverbund, hob Uwe Lange, Vizepräsident der Polizeidirektion Zentrale Dienste in Niedersachsen, heraus. Als große Herausforderung der vergangenen Jahre bezeichnete er die Entwicklung eines Landeskonzpts für lebensbedrohliche Einsatzlagen sowie eine zügige Sachmittelzuweisung.

Der Personalmangel in den Ländern sei teils selbst verschuldet, betonte Eckhard Christian Metz, Vorsitzender des GdP-Bun-

desfachausschusses Bereitschaftspolizei. Auf dem Papier seien zwar alle Beamten in den Hundertschaften existent, fänden sich jedoch häufig zur „tatsächlichen Dienstausübung an anderen Stellen wieder“. Metz plädierte vor dem Hintergrund steigender Belastungen auf das Einhalten arbeitsrechtlicher Bestimmungen und planbarer freier Wochenenden.

Live-Schalten und Interviews

Das mediale Interesse an der GdP während der zwei Polizeikongresstage war im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gewachsen. Eine morgendliche GdP-Pressemitteilung zur EU-Frontex-Problematik griffen mehrere Fernsehsender auf und interviewten im Stundentakt den GdP-Vize Radek zu

den von Minister Seehofer gemachten Aussagen zum deutschen Anteil der herausfordernden europaweiten Mission. Journalisten der ARD-„Tagesschau“, von „Phoenix“, „Tagesschau24“ und des privaten Nachrichtensenders n-tv erfragten am GdP-Stand in sogenannten Live-Schalten ins aktuelle Programme die gewerkschaftliche Sicht auf den angekündigten personellen Ausbau der Grenz- und Küstenwache. Zudem erläuterte Radek in einem Gespräch mit der Deutschen Presse Agentur (dpa) eine Reihe sicherheitspolitischer Aspekte.

mzo/wsd

ANZEIGE



BLACK EAGLE®
ATHLETIC
2.0 V GTX

mid / sage

Qualitativ hochwertige Funktionsschuhe sowie -bekleidung für **JOB & FREIZEIT!**

Erhältlich bei Ihrem **Fachhändler** oder im HAIX® Webshop www.haix.de



www.haix.com

Hilfreich



Nicole Alhorn und der Kölner Polizeipräsident Uwe Jacob begutachten die neuen Verpflegungsbeutel.

Foto: Max Wilmes (Polizei Köln)



Umweltgerecht: Neue Becher und Besteck

Foto: Alexandra Eichen (Polizei Köln)

UMWELTSCHUTZ – EIN THEMA FÜR DIE POLIZEI KÖLN

Gegen Vermüllung und für Nachhaltigkeit

Weniger Müll, mehr Achtsamkeit, mehr Nachhaltigkeit. Das scheint das Gebot der Stunde. Auch bei der Polizei? In Köln ist das so.

Max Wilmes und Alexandra Eichen



Umweltqualität im Kölner Polizei-Zirkel: (v.l.) Jörg Dahmen, Karl-Heinz Strauß, Elke Friedrich, Silke Maumené, Ninett Wickerath, Alexandra Eichen, Nicole Alhorn, Andreas Hohendorf und Max Wilmes.

In einem Brief an den Polizeipräsidenten Uwe Jacob hatte eine Mitarbeiterin all das aufgelistet, was ihr Unbehagen in Sachen Umweltbewusstsein bei der Polizei Köln bereitete. Mit dem Schreiben drückte sie wahrscheinlich das aus, was viele Kolleginnen und Kollegen nicht erst seit „Fridays for Future“ beschäftigt: Verpflegungsbeutel aus Plastik, Einwegbesteck und -verpackung. Aber auch der zu hohe Papier- und Stromverbrauch im Alltag und bei polizeilichen Großeinsätzen sind dabei nur ein kleiner Teil.

Anfang vergangenen Jahres gründete Jacob daraufhin den Qualitätszirkel (QZ) Umweltschutz, um mit „gutem Beispiel voran zu gehen und den Schutz der Umwelt in Behördenentscheidungen einzu beziehen“. Das war der Startschuss. An der Auftaktveranstaltung nahmen rund 25 Vertreterinnen und Vertreter aller Direktionen der Behörde

teil und sammelten mit hohem Engagement viele Ideen. Zwölf von ihnen treffen sich seitdem unter der Führung von Polizeioberärztin Elke Friedrich regelmäßig, um an Zielen und Maßnahmen des behördlichen Umweltschutzes zu arbeiten.

Mit dem Fahrrad zur Arbeit?

Ab sofort soll behördliches Handeln durch umweltschützende Maßnahmen nachhaltig beeinflusst werden. Themenverantwortliche für die Bereiche Beschaffung, Versorgung/Kantine, Gebäude/Liegenschaften und Mobilität entwickeln fortlaufend Maßnahmen und Ideen, mit denen beispielsweise weniger Plastikmüll, geringerer Energie- und Papierverbrauch oder Vermeidung von Lebensmittelverschwendung erreicht werden sollen.

Außerdem stehen Vertreter des QZ in Kontakt mit regionalen Partnern wie der Stadt Köln, aber auch mit anderen Polizeibehörden im Land. Verantwortliche für die interne Öffentlichkeitsarbeit sorgen dafür, dass die Beschäftigten der Kölner Polizei über die Arbeit des Qualitätszirkels regelmäßig informiert werden und so den Weg zu mehr Umweltschutz in der Behörde mitgehen können.

Zu veröffentlichen gab es bereits so manches: Behördenbeschäftigte wurden zur Rückmeldung von Vorschlägen für einen geringeren Papierverbrauch eingeladen. Die Bedingungen, mit dem Fahrrad zur Arbeit zu kommen, sollen verbessert werden. Auch am geplanten Erweiterungsbau des Polizeipräsidiums ist der QZ Umweltschutz beteiligt. Außerdem werden die Arbeits- und Verbrauchsmittel sowie das Abfall- und Recyclingkonzept auf ihre Umweltverträglichkeit überprüft und Optimierungsmöglichkeiten erarbeitet.

Einsatzmüll

Bei Großeinsätzen mit vielen Einsatzkräften entsteht besonders viel Müll. Auch das soll sich ändern: Die Verpflegungsbeutel wurden inzwischen gegen Kunststoffbeutel mit dem „Blauen Engel“ aus Recyclingmaterial ausgetauscht. Rührstäbchen aus Holz und Kaffeesahne in wiederverschließbaren Glasflaschen sind ab sofort eine umweltfreundliche Alternative zu Plastik. Die Beutelinhalte wurden zugunsten weniger Verpackungsmüll umgestaltet. Darüber hinaus wird in einem Polizeitauglichkeitstest überprüft, ob neben den neu angeschafften Mehrwegbechern bei der Bereitschaftspolizei künftig persönliche Edelstahl-Isolierbecher sowie eigenes Mehrwegbesteck („Bundeswehrbesteck“) eingeführt wird. Dies würde laut der Einsatzversorger unter anderem zu einer Ersparnis von 65.350 Pappbechern pro Jahr führen.

„Umweltschutz bringt Spaß“, sagen die Gesichter der engagierten Kolleginnen und Kollegen, und viele Behördenbeschäftigte stimmen dem zu und machen mit. Die To-do-Liste ist voll mit vielen weiteren Ideen und Vorschlägen zugunsten des Umweltschutzes. Der Polizeipräsident freut sich, schon bald weitere Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Umweltschutz ist kein Sprint, sondern ein Dauerlauf. Und der führt in die richtige Richtung. Da ist man sich einig. ■



0,- Euro Girokonto¹ vom Sieger für Gewinner

- ✓ **Einfacher Kontowechsel**
in nur 8 Minuten
- ✓ **BBBank-Banking-App**
mit Fotoüberweisung,
Geld senden und
anfordern (Kwitt) und mehr ...
- ✓ **Exklusive Vorteilsangebote**
für GdP-Mitglieder

ZUM SIEBTEN MAL IN FOLGE!

Vielen Dank für
die Wiederwahl zur
**„Bank des
Jahres!“**



Jetzt informieren
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon unter 0721 141-0
oder auf www.bbbank.de/gdp



www.bbbank.de/termin



DEUTSCHES INSTITUT
FÜR SERVICE-QUALITÄT
GmbH & Co. KG

ntv

1. PLATZ

**Bank
des Jahres**

Überregionale Filialbanken

Kundenbefragung

Nov. 2019

7 Filialbanken

www.disq.de

Privatwirtschaftliches Institut

¹ Voraussetzungen: Girokonto mit Gehalts-/Bezügeingang, Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

Im Gespräch

AUF EIN WORT MIT DER VORSITZENDEN
DES BUNDESTAGSINNENAUSSCHUSSES

„Erhöhter Rekrutierungs- bedarf nicht auf Kosten der Qualität“

In Zeiten internationalen Terrors werden die Rufe nach mehr innerer Sicherheit, einer deutlich größeren Polizeipräsenz und verschärften Gesetzen immer wieder laut.

Wolfgang Schönwald

Die Sicherheitslage in Deutschland ist seit Jahren eines der meist diskutierten Themen in der Öffentlichkeit. Gerade nach Anschlägen wie dem auf den Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz wächst die Unsicherheit in der Bevölkerung. Mit der Vorsitzenden des Bundestagsinnenausschusses, Andrea Lindholz (CSU), sprach DP-Redakteur Wolfgang Schönwald über nächtliches Joggen, ein subjektives Sicherheitsgefühl, Gewalt gegen Polizisten und Vertrauen in die Abgeordneten.

DP: Viele Menschen fühlen sich Umfragen zufolge im öffentlichen Raum unsicher. Können Sie das bei rückläufigen Kriminalitätszahlen nachvollziehen?

Andrea Lindholz: Es sind die kleinen Erlebnisse im Alltag, die haften bleiben – ob selbst erlebt oder von Freunden und Bekannten berichtet. Grundsätzlich leben wir in einem der sichersten Länder der Welt. Dieser oft strapazierte Satz entspricht schon der Realität.

DP: In der Freizeit joggen Sie gern und fahren Rad. Sind Sie auch laufend in Berlin unterwegs?

Lindholz: Da ich mich gern bewege, versuche ich, möglichst viele Termine in Berlin zu Fuß zu erreichen. Ich schätze mal, das gelingt in etwa 80 Prozent der Fälle. Den Rest lege ich per Auto zurück, oft aus Zeitgründen.

DP: Und was ist mit dem oft zitierten subjektiven Sicherheitsgefühl?

Lindholz: Im Bahnhofsviertel in meiner Heimat fühle ich mich zu bestimmten Tageszeiten auch nicht sicherer oder unsicherer als hier in Berlin. Ich würde beispielsweise nachts nicht im Berliner Tiergarten joggen gehen, aber auch nicht zu Hause. Der einzige Unterschied: Hier in der Bundeshauptstadt würde ich auch nachts auf Menschen treffen. Generell bin ich in dieser Frage vielleicht auch etwas entspannter als manch anderer Bürger. Die Politik muss aber auch der Tatsache Rechnung tragen, dass die gefühlte Sicherheit nicht überall dem realen Risiko entspricht.

DP: Bayern wird medial als sicheres Bundesland dargestellt, von dem andere Gegenden lernen können. Was sagt die Innenausschussvorsitzende mit ihrer Heimatbrille zu dieser Einschätzung?

Lindholz: Das stimmt schon. In Bayern haben wir eine gute Polizeipräsenz. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung drückt sich vor allem darin aus, dass wir vieles nicht tolerieren, was anderswo, in Berlin oder Nordrhein-Westfalen beispielsweise, vermeintlich geduldet wird. Ob Kleinkriminalität, das Tragen von Messern oder Hausbesetzungen, vieles wird in Bayern nicht akzeptiert. Die Folge: Die Polizei greift frühzeitig und konsequent ein. Selbstverständlich wissen wir, dass nicht überall rund um die Uhr für Sicherheit gesorgt werden kann. Aber unsere Sicherheitsbehörden haben erst mal Vorrang, und diese Konstanz in der Landespolitik kommt auch rüber.

DP: Bei Politikern in Bund und Ländern spielte die innere Sicherheit seit der Jahrtausendwende nur eine Nebenrolle, wenn überhaupt.

Lindholz: Ich bin als neue Abgeordnete 2013 in den Bundestag gewählt worden. Damals schien der Innenausschuss nicht das be-

gehrteste Ziel für neue Parlamentarier zu sein, weil innere Sicherheit nicht den gleichen Stellenwert hatte. So gab es damals bei der Neubesetzung von Innenausschussitzen keine Wartelisten in der Union, was bei anderen Parteien vermutlich ähnlich gewesen ist. Heute stellt sich das in unseren Reihen ganz anders dar, weil Innenpolitik als wichtige und besonders herausfordernde Aufgabe angesehen wird.

„Damals schien der Innenausschuss nicht das begehrteste Ziel für neue Parlamentarier zu sein.“

DP: Wie spiegelt sich das in den Aktivitäten des Gremiums wider?

Lindholz: Es ist mittlerweile ein Ort, wo seit Jahren regelrechte Konjunkturprogramme für die Sicherheitsbehörden des Bundes aufgelegt werden. Also mehr Geld, mehr Personal und bessere Ausstattung. Früher stand der Ausschuss weniger stark im Fokus der Öffentlichkeit, man konnte ruhiger arbeiten. Heute wird wie mit einem Brennglas auf die Arbeit der Parlamentarier und ihre Ergebnisse geschaut.

DP: Gibt es hierzu Belege?

Lindholz: Seit ich dabei bin wird ein Großteil aller im Bundestag verabschiedeten Gesetze zuvor im Innenausschuss beraten: Ich denke hier beispielsweise an die vielen Asyl- und Migrationspakete, die Sicherheitsgesetze oder aktuell an die Nachschärfung der Wiedereinreisesperren als Folge aus dem Fall Miri. Manches wurde im Eiltempo erarbeitet. Die Änderungen des Waffengesetzes dauerten länger. Da hatten wir viel Beratungsbedarf bei der Umsetzungspflicht der EU-Richtlinie und aufgrund der vielschichtigen Interessenslagen. Wichtig war es, wie bei allen Gesetzesentwürfen die betroffenen Verbände und Interessenvertreter anzuhören. Fest steht, in Deutschland sollen Extremisten keinen legalen Zugang mehr zu Waffen haben. Die Freiheit der redlichen Waffenbesitzer und die Sicherheit der Gesellschaft dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen in Einklang gebracht werden. Letztlich dürfen solche sicherheitspolitischen Vorhaben nicht an Parteipolitik scheitern.



Die CSU-Politikerin Andrea Lindholz ist seit September 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. Die 49-Jährige ist seit 2018 Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses. Sie ist verheiratet, hat einen Sohn und wohnt mit ihrer Familie im Raum Aschaffenburg in Franken.

Foto: Zielasko

DP: Wird das Vertrauen in die gewählten Abgeordneten stärker?

Lindholz: Diese Frage sollten die Wähler beantworten. Fest steht, dass heute ein starkes Interesse an Innenpolitik spürbar ist. Früher, so mein Eindruck, stand die Innenpolitik mit all ihren Facetten nicht so im Fokus der Öffentlichkeit. Es muss eine gesunde Mischung aus Öffentlichkeitsarbeit und dem Erledigen der Arbeiten der Parlamentarier geben. Nicht alle Themen sollten monatelang in den Medien diskutiert werden. Teilweise werden schon die Inhalte eines Referentenentwurfs in erster Fassung öffentlich. Die Bürger wissen oft gar nicht, ob das Berichtete bald rechtliche Gültigkeit erlangen wird oder noch mehrmals verändert werden kann.

DP: Manches dauert aber endlos lange ...

Lindholz: Es ist selbstverständlich frustrierend, wenn zum Beispiel das Gesetz zur so-

genannten Vorratsdatenspeicherung so lange aufgehalten wird. Dabei hängt davon auch die strafrechtliche Verfolgung von Kinderpornografie ab. So lange jedoch ein Eilverfahren anhängig ist, sind uns als Gesetzgeber die Hände gebunden. Deshalb werden die Daten derzeit von den Telekommunikationsunternehmen nicht gespeichert. Dass wir damit jetzt auf null zurückgesetzt wurden, ruft bei den Ermittlern selbstverständlich großes Unverständnis hervor. Datenspeicherung, Datenweitergabe und der Datenaustausch ist bei der Aufklärung schwerster Straftaten einfach notwendig, um die Tatverdächtigen überführen zu können.

DP: Ein anderes Problemfeld: Schockierend ist die zunehmende Gewalt gegenüber Einsatzkräften.

Lindholz: Es ist nicht hinnehmbar, dass Polizistinnen und Polizisten bei Einsätzen

„Datenspeicherung, Datenweitergabe und der Datenaustausch ist bei der Aufklärung schwerster Straftaten einfach notwendig, um die Tatverdächtigen überführen zu können.“

und selbst im ganz normalen Alltag zur Zielscheibe von Kriminellen werden. Die beschlossenen Gesetze müssen konsequent angewendet werden. Das heißt, bei Staatsanwaltschaften und Gerichten müssen diese Ermittlungsverfahren Vorrang haben und gegen ermittelte Tatverdächtige unverzüglich Prozesse beginnen. Entscheidend ist die

ANZEIGE



FORCE PROTECTION IS OUR MISSION.

RHEINMETALL
DEFENCE

SURVIVOR R

SONDERWAGEN NEUESTER GENERATION

- Basierend auf einem Großserienfahrgestell der MAN
- Schadstoffarm nach neuestem Euro 6 Standard
- Kosteneffiziente Logistik und günstige Lebenswegkosten
- Hohes geschütztes Innenvolumen für bis zu 10 Personen
- Modular adaptierbarer Zusatzschutz
- Weltweiter Support durch Rheinmetall und MAN Service Netzwerk

www.rheinmetall-defence.de/survivor

ALLROUNDER

Innenleben

schnelle und deutliche Verurteilung bei bewiesenen Straftaten.

DP: Und auch die 2006 verabschiedete Föderalismusreform hat negative Auswirkungen für unsere Kolleginnen und Kollegen.

Lindholz: Die Vergütung sollte entsprechend Aufgabe und Dienststellung möglichst deckungsgleich sein, ebenso die Ausstattung und die Aus- und Fortbildung. Zusammen mit der politischen Rückendeckung für die Polizei gehört dies zu den Überlegungen, wo ein Polizist letztlich arbeiten will. Die Konkurrenz zwischen Bund und Ländern sehe ich kritisch.

DP: Es werden viele Bewerber gesucht.

Lindholz: Dem erhöhten Rekrutierungsbedarf muss natürlich Rechnung getragen werden. Aber bitte nicht auf Kosten der Qualität. Gute Kräfte gewinnt man mit einem attraktiven Gesamtpaket. Bundes- und Landespolizeien sind grundsätzlich attraktive Arbeitgeber. Wir haben im Bund die Attraktivität gesteigert, zum Beispiel mit der erhöhten Polizeizulage. Die persönliche Motivationslage ist aber nicht nur vom Geld abhängig. Die Arbeit macht Spaß, wenn insgesamt die Arbeitsbedingungen stimmen. Dabei spielt selbstverständlich auch die Personallage eine nicht zu unterschätzende Rolle. Ein Absenken der Voraussetzungen für ein Auswahlverfahren ist nicht der richtige Weg. Eigentlich müssen die angebotenen Leistungen erhöht werden.

DP: Welche sind das aus Ihrer Sicht?

Lindholz: Da bekanntlich die Mieten in sogenannten Hochpreisregionen kaum noch zu leisten sind, geht es auch um Mietzulagen, egal ob es sich um Bundes- oder Landespolizisten handelt. Oder es sollten eigene Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Es kann nicht sein, dass manche Kollegen täglich von Nürnberg nach München und wieder zurück fahren müssen, um ihren Dienst anzutreten. Hier würde ich mir manchmal etwas mehr Kreativität und Flexibilität von der Politik wünschen, um den unterschiedlichen Bedingungen vor Ort besser gerecht zu werden.

DP: Wir danken für das Gespräch.

SPD-SPITZE ZU GESPRÄCH BEI DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI

„Keine Toleranz für Hass – weder auf der Straße noch im Netz“



Spitzentreffen: (v.l.) Norbert Walter-Borjans, Saskia Esken, Jörg Radek und Michael Mertens. Beim Gespräch dabei waren zudem Dietmar Schillf sowie René Klemmer.

Zu einem Meinungsaustausch über die innere Sicherheit in Deutschland trafen sich die SPD-Vorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans mit Vertretern der Bundesspitze der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mitte Januar in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle. Beide Seiten sprachen sich in dem rund einstündigen Gespräch für die konsequente Bekämpfung von Hasskriminalität und Gewalt als deutliche Signale des Rechtsstaates aus.

In diesen Zeiten müsse die klare Botschaft sein: „Unsere Demokratie ist wehrhaft, und wir wollen die Menschen besser schützen.“ Das heiße: „Keine Toleranz für Hass – weder auf der Straße noch im Netz“. Zugleich erörterte die Runde den Personalbedarf und das Gewinnen von geeignetem Nachwuchs bei der Polizei, die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten, deren Arbeitsbedingungen sowie die föderalen Ungerechtigkeiten bei der Besoldung.

Hemmschwelle sinkt

Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek betonte, „angesichts der zunehmenden Aggressivität in der Gesellschaft brauchen wir gesellschaftliche Solidarität gegen Hass und Gewalt und mit denen, die

Ordnung und Sicherheit gewährleisten. Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen bei den täglichen Einsätzen jedoch feststellen, dass die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung dramatisch sinkt.“ Die Polizei erlebe das jeden Tag im Dienst, so Radek. Vor diesem Hintergrund gehe es um eine vertrauensfestigende Rückendeckung der Politik für die Polizei.

Polizei gebührt Respekt und Rückendeckung der Politik

Esken und Walter-Borjans betonten: „Wer im öffentlichen Dienst für unsere Sicherheit sorgt, erfüllt eine wertvolle gesellschaftliche Aufgabe für uns alle – mit großem persönlichen Einsatz. Dafür gebührt ihnen Respekt von uns allen und Rückendeckung der Politik. Das haben wir heute auch den Gewerkschaftsvertretern der GdP versichert.“ Der Besuch der Parteivorsitzenden ist nach SPD-Angaben der Auftakt einer Reihe von Gesprächen mit Vertretern von Gewerkschaften.

Das in freundschaftlich-positiver Atmosphäre geführte Gespräch hatte in erster Linie dazu gedient, entstandene Irritationen nach öffentlichen Äußerungen der SPD-Vorsitzenden zum Leipziger Polizeieinsatz in der vergangenen Silvesternacht auszuräumen.

Hilfreich



Nein, lass das!,
Josefine Barbaric, Gecko Keck
Kieselsteiner Verlag, 2017
28 Seiten, ISBN: 978-3945313428

SEXUELLER MISSBRAUCH

„Nein, lass das!“ – Mehr als ein Aufklärungsbuch für unsere Kleinsten

Sexuell aufgeklärte und selbstbewusste Kinder werden seltener Opfer von sexueller Gewalt als Kinder, die nicht gelernt haben, „Nein“ zu sagen.

Sogenannte Pädophile wollen eine Beziehung zu einem Kind aufbauen, das in ihren Fokus gerückt ist. Bei der Kontaktaufnahme offerieren Pädophile den für sie interessanten Kindern das, was diese womöglich zu Hause vermissen: Zeit, Aufmerksamkeit

oder Zuwendung. Gelingt die Anbahnung, kommt es irgendwann auch zu sexuellen Übergriffen – zu sexueller Gewalt.

Nicht selten hält Täter dabei ein klares „Nein“ von Übergriffen ab, denn das hätte mit einer Beziehung nichts mehr zu tun.

Kindgerechte Sprache

Das Vorlese- und Bilder-Buch von Josefine Barbaric leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Hier werden Kinder altersgemäß aufgeklärt, ohne sie dabei künstlich und verfrüht zu sexualisieren.

Die Autorin vermittelt in gelungen kindgerechter Sprache ein Gefühl für den eigenen Körper und für die sich entwickelnde eigene Sexualität. Vor allem aber macht Barbaric deutlich, dass Kinder selber ent-

scheiden dürfen, ob und wie sie jemand anfassen darf – oder nicht. Ganz wichtig dabei: Der eigenen Mutter können sie immer alles anvertrauen, auch wenn es „Geheimnisse“ mit Dritten sind.

Darüber hinaus ist das Buch auch ein Appell an Erwachsene. Die sollen ihren Kindern nicht mehr abverlangen, zu Verwandten zärtlich zu sein, nur weil es deren Verwandte sind. Stattdessen sollen auch sie das Nein der Kinder akzeptieren. Ich empfehle das Buch allen Eltern und Großeltern kleinerer Kinder, Erziehenden sowie Beamtinnen und Beamten, die in der Prävention tätig sind. „Nein, lass das!“ ist weit mehr als nur ein gelungenes Aufklärungsbuch.

Rainer Becker,
Vorstandsvorsitzender der
Deutschen Kinderhilfe –
Die ständige Kindervertretung e. V.

ANZEIGE

PERFEKT IM EINSATZ.



LOWA
simply more...

RENEGADE II GTX HI TF | Task Force www.lowa.com



Vor Ort



Meinungsaustausch mit dem Junge-Union-Vorsitzenden Tilman Kuban: JUNGE-GRUPPE-Chef Niels Sahling (r.) und sein Vorstandskollege Christian Ehringfeld (l.).

Austausch mit den Parteijugenden

Die JUNGE GRUPPE hat Spitzenvertreter der Jungen Liberalen (FDP) und der Jungen Union (CDU) getroffen. An zwei aufeinanderfolgenden Tagen diskutierten die Junggewerkschafter und -politiker diverse Themen der inneren Sicherheit, darunter Polizeigesetze, Extremismus sowie die Gewalt gegen die Polizei. Zudem erörterten die Nachwuchskräfte sozialpolitisch aktuelle Fragestellungen zu Mieten und Renten. **red**



Gespräche zur PDV 300

Zu einem Gespräch über die sogenannte PDV 300 kamen im Innenministerium Mecklenburg-Vorpommerns der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek (m.), der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher (r.), und der Vorsitzende des dortigen Polizeihauptpersonalrates Jörn Liebig zusammen. Gegenüber einem Vertreter des Schweriner Ministeriums machten die Kollegen die Forderungen an eine moderne PDV 300 deutlich.

Die Polizeidienstvorschrift 300 (PDV 300) regelt die ärztliche Beurteilung der Polizeidiensttauglichkeit und Polizeidienstfähigkeit. Die PDV 300 wird derzeit überarbeitet.

Gudrun Hoffmann

Hinterfragt

HERKUNFTSNENNUNG BEI TATVERDÄCHTIGEN

Im Orkan der Gerüchte

Nach Hamburg sollen die Polizeien in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und NRW die Nationalität von Tatverdächtigen vermelden, ob Ausländer oder Deutsche. Werden Spekulationen damit verstummen?

Dr. Thomas Hestermann

Professor für Journalismus an der Hochschule Macromedia Hamburg. Er forscht zu Mustern der Berichterstattung.



Es sind nur wenige Sekunden, die über den Tod von Roland S. entscheiden. Der 49-jährige Feuerwehrmann ist mit einem Freund und zwei Begleiterinnen in Augsburg nach einem Besuch des Christkindlesmarktes unterwegs. Er gerät an eine Gruppe von sieben jungen Männern. Die haben eine Getränkedose lautstark über den Platz geschossen. Nach einem kurzen Wortwechsel drischt einer von ihnen von der Seite zu. Roland S. stürzt, tödlich getroffen, zu Boden. Auch sein Freund wird niedergeschlagen und im Gesicht schwer verletzt. Die Täter fliehen, zunächst unerkannt. Noch in der Nacht bildet die Polizei eine knapp 20-köpfige Ermittlungsgruppe. Rasch werden Zeugen befragt. Die einen vermuten, es handele sich bei den Tätern um Sinti und Roma. Andere geben an, die Männer seien Deutsche und hätten Deutsch gesprochen. Wieder andere meinen, sie seien Osteuropäer.

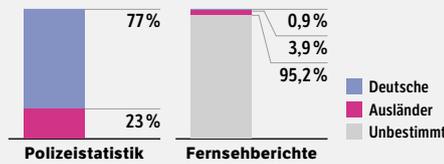
„Das Bild am Samstagmorgen war völlig diffus, um was für eine Gruppe es sich gehandelt haben könnte“, sagt Gerhard Zintl, der Leiter der Augsburger Kriminalpolizei. Die Ermittler strukturieren ihre Arbeit, werten Bilder aus Überwachungskameras aus und fragen per Intranet die Polizeibeschäftigten ab, die sich in der Augsburger

Jugendzone auskennen. Am folgenden Abend suchen die Ermittler die Diskotheken und Kneipen der Stadt auf, bis sie auf den entscheidenden Hinweis stoßen. „Über eine Öffentlichkeitsfahndung über die Medien hätten wir die Täter nur gewarnt“, sagt Zintl. Sie hätte bewirken können, dass die Täter Beweismittel wie ihre Kleidung in der Tatnacht hätten verschwinden lassen. Und da es Hinweise auf eine ausländische Herkunft gegeben habe, hätte womöglich eine Flucht ins Ausland gedroht.

Der Vorwurf: Die Polizei vertusche etwas

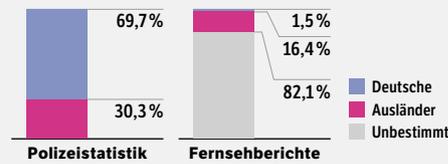
Doch die Zurückhaltung der Polizei stößt auf Kritik. Längst macht in den sozialen Medien das Gerücht die Runde, die Tatverdächtigen stammten aus dem Flüchtlingsmilieu. Doch das werde vertuscht. Man will mehr wissen, möchte selbst die Täter jagen, zumindest virtuell dabei sein. Besonders empören sich etwa per Twitter jene, die ihre eigene Identität mit Kürzeln oder Fantasienamen verschleiern. So wundert sich Julia („BlondJedi“): „Die Polizei fahndet zwar nach den Tätern, aber rückt keine Beschreibung raus.“

Deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige nach der Polizeilichen Kriminalstatistik und Fernsehberichterstattung 2014



PKSN – 631.556 Tatverdächtige bei Straftaten gegen das Leben, die sexuelle Selbstbestimmung und die persönliche Freiheit sowie Rohheitsdelikten. Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2014 (BKA 2015).
 Polizeiliche Kriminalstatistik PKS 2014, Tabelle Tatverdächtige Nichtdeutsche).
 TVN – 230 Tatverdächtige aus 230 Beiträgen über Gewaltkriminalität in Deutschland aus Fernseh- und TV-Boulevardmagazinen von ARD, ZDF, RTL, Sat.1, ProSieben, Kabel Eins, Vox und RTL Zwei, die sich in vier Programmwochen Januar bis April 2014 auf Gewaltdelikte im Inland beziehen. Quelle: Medienanalyse Hestermann, Hochschule Macromedia, Hamburg.

Deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige nach der Polizeilichen Kriminalstatistik und Fernsehberichterstattung 2017



PKSN – 658.170 Tatverdächtige bei Straftaten gegen das Leben, die sexuelle Selbstbestimmung und die persönliche Freiheit sowie Rohheitsdelikten. Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2017 (BKA 2018).
 Polizeiliche Kriminalstatistik 2017, Tabelle 62: Straftaten und Staatsangehörigkeiten nichtdeutscher Tatverdächtigter).
 TVN – 324 Tatverdächtige aus 314 Beiträgen über Gewaltkriminalität in Deutschland aus Fernseh- und TV-Boulevardmagazinen von ARD, ZDF, RTL, Sat.1, ProSieben, Kabel Eins, Vox und RTL Zwei, die sich in vier Programmwochen Januar bis April 2017 auf Gewaltdelikte im Inland beziehen. Quelle: Medienanalyse Hestermann, Hochschule Macromedia, Hamburg.

„Soy Lin T. Green“ kritisiert das „dezentale Ausschweigen seitens unserer Verantwortlichen“. Ein „Captain Einsicht“ twittert: „Polizei erbittet Hilfe der Bevölkerung, gibt aber aus ‚Ermittlungstaktischen Gründen‘ keine Infos heraus. Nun ja, wenn es brennt, rufe ich auch die Feuerwehr, aber sage denen die Adresse nicht“. (sic)

Der Druck auf die Polizei wächst, Details ihrer Ermittlungen zu veröffentlichen. Insbesondere, wenn Ausländer oder Deutsche mit Migrationshintergrund unter Tatverdacht stehen. Dies hat mit der Kölner Silvesternacht 2015/16 zu tun, als vor allem junge Männer aus Nordafrika zahlreiche Frauen sexuell angriffen und beraubten, die Polizei dennoch am Neujahrsmorgen per Pressemitteilung behauptete: „Ausgelassene Stimmung – Feiern weitgehend friedlich“.

Nach ersten Berichten von Opfern und Augenzeugen der nächtlichen Übergriffe in der Facebook-Gruppe „Nett-Werk Köln“ berichtete der „Kölner Stadt-Anzeiger“ bereits um 13.21 Uhr: „Sexuelle Belästigung in der Silvesternacht – Frauen im Kölner Hauptbahnhof massiv bedrängt“. Die Polizei bestätigte die Angaben erst am Nachmittag des folgenden Tages. In der Berichterstattung zeigte sich das ganze Ausmaß der Gewalt erst nach Tagen.

Medienbranche unter Dauerbeschuss

Seitdem steht auch die Medienbranche unter Dauerbeschuss: Die „Lügenpresse“ oder „Lückenpresse“ verheimlichte Straftaten von Eingewanderten und Geflüchteten und beschönigt die Lasten der Integration. Die Diskussion, inwieweit die Nationalität in der Berichterstattung über Kriminalität ereignisrelevant sei, führte 2017 zu einer Neufassung des Pressekodexes in der Richtlinie 12.1. Danach sei die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nicht zu erwähnen, „es sei denn, es besteht ein begründetes öffentliches Interesse“. Nicht wie zuvor die Relevanz, sondern das – vermutete – Publikumsinteresse steht nunmehr im Mittelpunkt.

Tatsächlich hat sich das journalistische Handeln signifikant verändert. Dies zeigt eine Langzeitanalyse der Hochschule Macromedia zur Fernsehberichterstattung über

Gewaltkriminalität seit 2007, unterstützt von der Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen. Dabei werden die Hauptnachrichten und Boulevardmagazine der acht meistgesehenen deutschen TV-Sender untersucht, seit 2019 auch die auflagenstärksten überregionalen Tageszeitungen „Bild“, „Süddeutsche Zeitung“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die „Welt“ sowie die „taz“.

Während 2014 in den TV-Berichten über Gewaltkriminalität bei 4,8 Prozent der Tatverdächtigen die Herkunft genannt wird, geschieht dies 2017 bei 17,9 und 2019 bei 31,4 Prozent. Damit ist der mediale Blick nicht etwa klarer geworden, sondern verzerrter als zuvor.

Denn während 2018 laut Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) 69,4 Prozent aller mutmaßlichen Gewalttäter Deutsche sind, beträgt ihr Anteil an der Berichterstattung im Vorjahr nur 3,4 Prozent (erfasst sind explizite Hinweise auf die Nationalität). Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger, laut PKS 30,6 Prozent, liegt in den Fernsehberichten bei 28,0 Prozent, in den untersuchten Zeitungen bei 41,2 Prozent. Immer häufiger also wird auf die Nationalität von Tatverdächtigen verwiesen – aber meist nur dann, wenn sie Ausländer sind. Die größte Lücke der Wahrnehmung klafft nicht im Blick auf gewalttätige Ausländer, sondern auf gewalttätige Deutsche.

Diese Anteile sind enorm hoch, wenn man bedenkt, dass häufig die Polizei gar keine Angaben zur Nationalität macht, die Medien verbreiten könnten. Und wenn aktuell berichtet wird, ist der Täter vielfach noch unbekannt.

„Messermigranten“ in den Medien

Besonders verschärft hat sich die Diskussion über Straftaten, die mit Messern verübt wurden. Zunehmend stehen dabei Zuwanderer als Täter im Fokus. Rechte Politiker forcieren mit Wortschöpfungen wie „Messermigranten“ oder „Messereinwanderung“ die Debatte. Ob die Gewalt mit Hieb- und Stichwaffen tatsächlich signifikant zugenommen habe, lässt sich nicht nachweisen, da sie nicht bundesweit erfasst wird.

In mehreren Ländern wie Bremen, Niedersachsen und Baden-Württemberg stellt die Polizei eine Zunahme der Delikte fest.

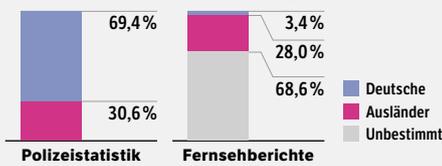
Dies wirkt sich allerdings im Rahmen der Gesamtkriminalität nur bedingt aus. Zahlen des niedersächsischen Landeskriminalamtes zufolge wurden 2,8 Prozent aller erfassten Gewaltdelikte (Mord und Totschlag, Körperverletzung, Bedrohung und Raub) mit Messern begangen.

Genaueren Aufschluss über die Herkunft gibt das „Lagebild Stichwaffen- und Messervorfälle“ von Saarlunds Polizei. Bei insgesamt 1.490 Vorfällen konnte von 1.201 Personen die Nationalität ermittelt werden. Darunter waren 842 Deutsche (70,1 Prozent), 122 Syrer (10,2 Prozent), 36 Afghanen (3,0 Prozent), 94 Ausländer aus EU-Staaten (7,8 Prozent) und 107 aus sonstigen Ländern (8,9 Prozent). Die AfD-Landtagsfraktion erkundigte sich in einer Anfrage nach den häufigsten Vornamen der deutschen Tatverdächtigen – womöglich hätten viele von ihnen einen sogenannten Migrationshintergrund. Die Antwort der Landesregierung entkräftete diese Spekulationen: Die häufigsten Vornamen lauten Michael, Daniel und Andreas.

In Fernseh- und Zeitungsberichten aber heißen die Messerstecher nicht Michael, Daniel oder Andreas, sondern Sayed, Alaa oder Ahmad. Von den 175 Tatverdächtigen aus 199 untersuchten TV-Beiträgen wird bei 43 berichtet, sie hätten Messer verwendet. Davon wird bei 29 Personen (67,4 Prozent) die Herkunft ersichtlich, 3 (7,0 Prozent) sind deutsch und 26 (60,4 Prozent) Ausländer. Von 245 Tatverdächtigen aus 256 Zeitungsbeiträgen werden 36 mit Messern in Verbindung gebracht. Davon wird bei 22 Personen (61,1 Prozent) die Herkunft ersichtlich, darunter kein einziger Deutscher.

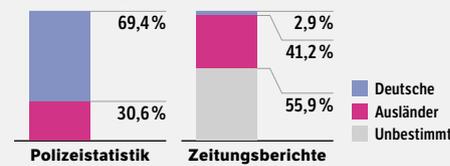
Der Druck der „besorgten Bürger“ in den sozialen Medien und den Leserbriefspalten der Zeitungen und ihrer Fürsprecher in den Parlamenten hat die Medienlandschaft verändert und nunmehr die Polizei erreicht. Bislang entschieden die polizeilichen Pressestellen meist im Einzelfall, ob sie in ihren Meldungen Angaben zur Nationalität der Tatverdächtigen machten. „Wir führen die Herkunft an, wenn sie für das Verständnis einer Tat erheblich ist“, so der Sprecher der Berliner Polizei, Thilo Cablitz. Andere Länder verfahren ähnlich zurückhaltend und nennen die Nationalität meist nicht. „Genauso wenig berichtet die Polizei doch über Kleidung, Haarfarbe oder Größe der Tatverdächtigen, außer es ist im Zusammenhang relevant“, betont Niedersachsens Innenmi-

Deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige nach der Polizeilichen Kriminalstatistik 2018 und Fernsehberichterstattung 2019



PKSN = 658.175 Tatverdächtige bei Straftaten gegen das Leben, die sexuelle Selbstbestimmung und die persönliche Freiheit sowie Rohheitsdelikten. Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik PKS 2018 (BKA 2019, Polizeiliche Kriminalstatistik 2018, Tabelle 62: Straftaten und Staatsangehörigkeiten nichtdeutscher Tatverdächtige).
TVN = 175 Tatverdächtige aus 199 Beiträgen über Gewaltkriminalität in Deutschland aus Fernsehnews und TV-Boulevardmagazinen von ARD, ZDF, RTL, Sat.1, ProSieben, Kabel Eins, Vox und RTL Zwei, die sich in vier Programmwochen Januar bis April 2019 auf Gewaltdelikte im Inland beziehen. Quelle: Medienanalyse Hestermann, Hochschule Macromedia, Hamburg.

Deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige nach der Polizeilichen Kriminalstatistik 2018 und Zeitungsberichterstattung 2019



PKSN = 658.175 Tatverdächtige bei Straftaten gegen das Leben, die sexuelle Selbstbestimmung und die persönliche Freiheit sowie Rohheitsdelikten. Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik PKS 2018.
ZN = 245 Tatverdächtige aus 256 Beiträgen über Gewaltkriminalität in Deutschland aus dem überregionalen Teil der Bundesausgaben von Bild, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Welt und Die Tageszeitung taz aus vier Wochen Januar bis April 2019. Quelle: Medienanalyse Hestermann, Hochschule Macromedia.

nister Boris Pistorius (SPD). „Das kann zu einer vorschnellen Stigmatisierung und noch schlimmeren Folgen führen.“

„Wir liefern die Faktenbasis“

Das gleichsam SPD-regierte Nachbarland Hamburg dagegen verfolgt eine andere Praxis – die Polizei nennt die Nationalität von Tatverdächtigen in der Regel, soweit sie bekannt ist. Laut einer Analyse des Magazins „Der Spiegel“ aus dem Dezember wurde in 52 Prozent aller Meldungen die Staatsangehörigkeit genannt. Die Polizeimeldungen aus den übrigen zehn Ländern, die ihre Meldungen auf der Webseite Presseportal.de einstellen, erreichen einen Anteil von knapp drei Prozent. Dabei betont Polizeisprecher Timo Zill, dass letztlich Journalisten verantwortlich zu entscheiden hätten, welche Informationen sie verwendeten. „Wir liefern die Faktenbasis.“

Nachdem sich die Innenminister auf keine einheitliche Haltung einigen konnten, beschloss nun Mecklenburg-Vorpommern ein neues Vorgehen. Seit Anfang Februar soll in Polizeimeldungen die Staatsangehörigkeit von Tatverdächtigen „wertungsfrei und neutral“ genannt werden, bei Deutschen als auch Ausländern. Haben die Tatverdächtigen mehr als eine Staatsangehörigkeit, werden sie sämtlich erwähnt. Ministeriumsangaben zufolge soll, soweit bekannt, nicht nur über die Staatsangehörigkeit der Tatverdächtigen, sondern grundsätzlich aller Beteiligten informiert werden.

Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier (CDU) sieht darin einen Beitrag für mehr Transparenz und gegen Gerüchte und Mutmaßungen. Man wolle sich dem „haltlosen Vorwurf“ entziehen, „Behörden verheimlichten bewusst die Herkunft der Tatverdächtigen: Wir wollen rechtspopulistisch orientierten Mutmaßungen entgegenwirken.“ Er habe sich mit der Landespolizei für dieses Verfahren entschieden.

Als drittes Land kündigte Sachsen an, dass die Polizei stets die Nationalität von Tatverdächtigen nenne, allerdings mit Ausnahmen. „Bei Kindern und Jugendlichen bedarf es zur Nennung der Staatsangehörigkeit einer besonderen Prüfung des konkreten Einzelfalls sowie des Vorliegens eines besonderen öffentlichen Interesses“, heißt

es einem von Landespolizeipräsident Horst Kretzschmar Mitte Januar unterzeichneten Erlass, wie der „Tagesspiegel“ berichtet. Auch dürfte die Identität der Verdächtigen damit nicht offengelegt werden.

„Wir haben uns intensiv mit dem Für und Wider auseinandergesetzt und uns letztendlich für Transparenz und Offenheit entschieden“, begründete Kretzschmar seinen Erlass gegenüber dem „Tagesspiegel“. „Es geht der Polizei nicht darum, Vorurteile zu schüren, sondern Mutmaßungen und Fake News aktiv durch Transparenz und Offenheit entgegenzutreten.“

Auch der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) kündigte an, den Erlass zu ändern, wonach die Polizei auf die Zugehörigkeit zu einer Minderheit nur dann hinweise, „wenn sie für das Verständnis eines Sachverhalts oder für die Herstellung eines sachlichen Bezugs zwingend erforderlich ist“. Künftig solle die Nationalität von Tatverdächtigen stets genannt werden. Transparenz sei das „beste Mittel gegen politische Bauernfängerei. Das sollten wir in Zukunft auch in der Pressearbeit der Polizei noch konsequenter umsetzen.“

Ist er auch hier geboren?

Eine solche Praxis könnte einer verzerrenden Medienberichterstattung entgegenwirken, die ausländische Tatverdächtige besonders häufig zeigt und deutsche Tatverdächtige ausblendet. Doch fraglich ist, ob damit der Orkan der Gerüchte abklingt. Berlins Polizeisprecher Cablitz sieht sich zunehmend drängenden Nachfragen ausgesetzt. So schildert der Beamte ein Gespräch mit Journalisten zu einem Verkehrsunfall mit mehreren Verletzten und Toten. „Eine der ersten Fragen lautete, woher der Fahrer denn stamme.“ Dabei reichen vielen Medienvertretern die Angaben zur Nationalität nicht mehr aus. In diesem Fall war der Tatverdächtige ein Deutscher. „Da kam, wie aus der Pistole geschossen, die Nachfrage: Ist er auch hier geboren?“

Hierzulande geboren sind die sieben jungen Männer, die nach dem gewaltsamen Tod des Feuerwehrmanns in Augsburg inhaftiert wurden. Dies hinderte rechte Politiker nicht daran, von einem neuen Ausbruch von „Migrantengewalt“ zu sprechen und zu fordern, „in einem fremden Land dessen

Regeln zu entsprechen“. Als die „Augsburger Allgemeine“ kommentierte, sonderlich fremd könne Deutschland für die gebürtigen Augsburgers nicht sein, hagelte es Hassbotschaften wie: „Wenn das ‚Volk‘ in Augsburg aufsteht, wird die Redaktion brennen.“

Zeitgleich zu der Gewalttat in Augsburg wurde am Münchner Hauptbahnhof ein Polizeibeamter mit solcher Wucht niedergestochen, dass die Klinge abbrach. Der 30-jährige Polizeiobermeister wurde schwer verletzt. Der Tatverdächtige war ein 23-jähriger Deutscher, in München geboren. Er konnte noch am Tatort festgenommen werden. Die Tat war ein neuerliches Beispiel für ungehemmte Gewalt gegenüber der Polizei, aber sie taugte nicht, um Zugewanderte anzuprangern. Ein Aufschrei so heftig wie im 80 Kilometer entfernten Augsburg blieb aus.

Münchens Polizeisprecher Marcus da Gloria Martins sieht sich im Dilemma. Das öffentliche Interesse konzentrierte sich vor allem auf die neu Zugewanderten, „nicht nur in ideologischen Randgruppen. Die Bürger wollen wissen, ob diese Personen – in München sind es rund 30.000 Migranten, die seit 2015 dauerhaft hier leben – vermehrt Straftaten begehen.“ Wenn die Polizei hier Transparenz herstelle, schaffe sie Vertrauen, sagte der Sprecher der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Doch ähnlich wie Kollege Cablitz beobachtet er, wie die Mutmaßungen ausufern. „Zudem gehen die Fragen, die in den sozialen Medien artikuliert werden, meist viel weiter“, sagt da Gloria Martins. „Viele wollen direkt den Vornamen wissen. Manche fordern auch die ganze Abstammungskette.“ ■

Innenleben



DP stellt die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten mit ihren Wahlprogrammen vor.

PERSONALRATSWAHLEN 2020

Hohe Wahlbeteiligung stärkt das Mandat der Personalvertretungen

Ab März beginnen die Personalratswahlen. In vielen Ländern und im Bund treten dann unsere Kolleginnen und Kollegen für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) an. Warum eure Stimme wichtig ist, erklärt GdP-Vize Jörg Radek ...

Gudrun Hoffmann

„Ihr gestaltet aktiv vor Ort die Bedingungen für unsere Kolleginnen und Kollegen. Diese Arbeit ist wichtig und kann gar nicht hoch genug geschätzt werden. Gleichzeitig repräsentiert ihr die Positionen der GdP und setzt unsere Forderungen in praktisches Handeln um. Und mit der GdP an der Seite könnt Ihr eure Ideen besser durchsetzen. – Personalrat und GdP, das gehört zusammen!“

Personalratswahlen machen Demokratie erlebbar. Für Polizistinnen und Polizisten als Demokratieschützer sei es deshalb umso wichtiger, an den Wahlen teilzunehmen. „Eine starke Wahlbeteiligung stärkt das Mandat und die Durchsetzungskraft Eurer Personalvertretungen. Kolleginnen und Kollegen, nehmt Euer Recht wahr, geht zur Wahl und unterstützt unsere GdP-Kandidatinnen und Kandidaten. Wenn alle GdP-Mitglieder ihr Kreuz bei ihrer Gewerkschaft machen, werden wir starke Ergebnisse erzielen“, so Radek.

NIEDERSACHSEN



Foto: Uwe Robra

Martin Hellweg

Spitzenkandidat der Beamtinnen und Beamten für den Polizeihauptpersonalrat Niedersachsen

In den meisten Personalräten der niedersächsischen Polizeidienststellen sowie im Hauptpersonalrat stellt die GdP seit vielen Jahren die Mehrheit. Wir sind stolz auf das

Vertrauen, das die Kolleginnen und Kollegen in uns als ihre Interessenvertreter haben. Wir haben uns intensiv und entschlossen dafür eingesetzt, dass ihre Arbeitsbedingungen besser werden. Vieles haben wir erreicht, vieles gilt es noch durchzusetzen.

Rückblickend können wir auf zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten und Einstellungen verweisen, höhere finanzielle Mittel, den Wiedereinstieg ins Weihnachtsgeld und auf eine verbesserte Ausstattung, aber auch auf Regelungen wie die Übernahme von Schmerzensgeldansprüchen durch den Dienstherrn.

Die Beschäftigten der Polizei – Vollzug, Verwaltung und Tarif – können auch künftig auf uns zählen. Unsere Kampagne zur Personalratswahl 2020 am **10. und 11. März** haben wir unter das Motto „Dir ist es wichtig #GdP Handelt“ gestellt. Dies beschreibt ziemlich genau unser Selbstverständnis.

Als Herausforderung für die kommenden Jahre sehen wir die zunehmende Digitalisierung in der Gesellschaft und innerhalb der Polizei. Es gilt, Chancen wie mobiles Arbeiten und Telearbeit zu Hause zu nutzen, aber auch Risiken wie Entgrenzung von Arbeit und Freizeit und Datenschutz genau zu betrachten. „Gesundes Arbeiten“ wird daher einer unserer Schwerpunkte sein. Ein besonders wichtiges Anliegen ist der Sanierungsstau in den Dienststellen, die zum Teil so marode sind, dass dort die Gesundheit der Mitarbeitenden gefährdet wird.

Besonderes Augenmerk legen wir ebenso auf die gesellschaftliche Entwicklung, den zunehmenden Populismus einhergehend mit zunehmenden Pöbeleien und nachlassendem Respekt bis zu tätlichen Angriffen und Tötungsdelikten. Hier gilt es, unsere Polizei als Rückgrat unserer Demokratie zu stärken. Wir haben an einem entsprechenden Programm mitgearbeitet, das dieses Jahr weitergeführt wird.

Was unsere Kolleginnen und Kollegen aber auch brauchen, ist eine bessere Wertschätzung ihrer Arbeit. Deshalb fordern wir eine Einstellung nach A 10 oder sofort zusätzliche Planstellen. Es darf nicht sein, dass die Wartezeiten von A 9 nach A 10 in Niedersachsen immer noch mehr als zwölf Jahre betragen.

Wir setzen uns für eine gerechte Besoldung/Bezahlung ein sowie für Qualifizierungs- und Aufstiegschancen in allen Bereichen – sodass die Polizei Niedersachsen ein attraktiver und konkurrenzfähiger Arbeitgeber bleibt. ■

DP stellt die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten mit ihren Wahlprogrammen vor.

BUND



Foto: Privat

Nikolaus Speicher

Spitzenkandidat für den Gesamtpersonalrat beim Bundeskriminalamt (BKA)

Am **11. und 12. März** sind im BKA Personalratswahlen. Neben dem Gesamtpersonalrat (GPR) sind die örtlichen Personalräte an den BKA-Standorten in Wiesbaden (ÖPR Wi), Meckenheim (ÖPR ME) und Berlin (ÖPR Berlin) zu wählen. Zeitgleich findet die Wahl im Bundesamt für Verfassungs-

schutz (BfV) statt. Darüber hinaus wird auf Ebene des Bundesinnenministeriums (BMI) der Hauptpersonalrat, in dem neben dem BKA sämtliche Geschäftsbereichsbehörden mit Ausnahme der Bundespolizei vertreten sind, neu gewählt. Als GdP treten wir sowohl im Beamten- als auch im Tarifbereich mit einer gemeinsamen Liste BKA und BfV an, um den Sicherheitsbehörden des Bundes in diesem Kreis ein entsprechendes Gewicht zu verleihen.

Als Vorsitzender für den BKA-Gesamtpersonalrat kandidiert der GdP-BKA-Bezirksvorsitzende Nikolaus Speicher. Für die kommende Wahlperiode wollen wir mit dem Wahlkampfmotto „GdP – Die tun was!“ zusätzliche Sitze im GPR, HPR und den örtlichen Personalräten im Beamten- und Tarifbereich anstreben.

Wir kämpfen als GdP zielstrebig für einen guten Tarifabschluss 2020 und den Wegfall von Stufennachteilen bei Höhergruppierung und Elternzeit. Dabei fordern wir eine Übertragung der Ergebnisse - auch bei der Arbeitszeit - auf die Beamten.

Wir fordern die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei-/Sicherheitszulage, setzen uns als Kompensation für den massiven Personalaufwuchs für eine Wissenstransfer- und

Qualifikationsoffensive ein. Mitgebrachte Qualifikationen sollen besser berücksichtigt und Fachkarrieren ermöglicht werden. Wir kämpfen für eine systematische Personalentwicklung für Beamte und Tarifbeschäftigte. Dabei sind die Möglichkeiten der Bestenauslese sowie des „Sonstigen-Verfahrens“ zu nutzen, systematisch Aufstiegsoptionen für Tarifbeschäftigte zu erschließen sowie ein klares Aufstiegskonzept für die Verwaltung bereitzustellen.

Wir engagieren uns für die Zuordnung des BKA-Sicherungsdienstes zum mittleren Dienst, fordern sichere und gesunde Arbeitsumgebungen an den Standorten durch eine Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, gesundes Essen sowie Dienstsport auch für Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte. Wir engagieren uns für moderne und mobile Arbeitsplätze, die Flexibilisierung der Arbeitszeit bei Sicherstellung der Funktionsfähigkeit unserer Behörde. Wir verlangen eine zeitnahe Bereitstellung der Gelder (Reisekosten, TG, Beihilfe ...), die uns zustehen; das gilt in besonderem Maße für Berufsanfänger. Wir bestehen auf einer stärkeren Berücksichtigung des Bestandspersonals inclusive der MINT-Berufe bei außertariflichen Leistungen. ■

BREMEN



Foto: Privat

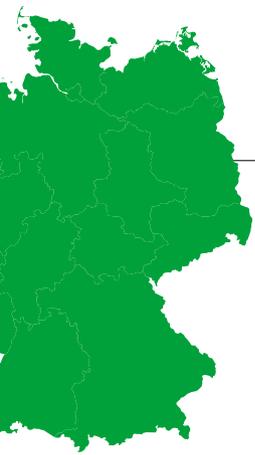
Nils Winter

Spitzenkandidat für den Polizeihauptpersonalrat Bremen und Bremerhaven

Am **18. März** sind Personalvertretungswahlen in Bremen. Mit über 100 Kandidatinnen und Kandidaten wird die GdP Bremen in mehreren Listen aus allen Bereichen der Polizei, des Ordnungs- und Bürgeramtes antreten. Die Teams sind verjüngt, bringen jedoch viel Erfahrung und Kompetenz mit. Wir freuen uns sehr darüber, dass sich jüngere Kolleginnen und Kollegen einbringen, um mit uns gemeinsam die Zukunft zu gestalten.

In den vergangenen vier Jahren haben wir unter anderen 370 zusätzliche Hebungen erwirkt. Die Altersteilzeit wurde mit Unterstützung aller Kolleginnen und Kollegen bei der Personalversammlung 2018 wieder eingeführt. Im Einsatzdienst der Schutzpolizei wurde ein neuer Dienstplan entwickelt und nach einjährigem Probelauf eingeführt. Hier wurde ein erstes Etappenziel, vorwärtsrollierende Schichten, umgesetzt.

Wir müssen weiterhin darauf einwirken, den erwiesenermaßen gesundheits- und sozialschädlichen Schichtdienst bestmöglich und erträglich durchführen zu können. Das



SACHSEN-ANHALT



Foto: GdP Sachsen-Anhalt

Ingo Neubert

Spitzenkandidat für den Polizeihauptpersonalrat Sachsen-Anhalt

2019 war für die Landespolizei Sachsen-Anhalt ein spannendes, arbeits- und sehr ereignisreiches Jahr. Mit Beginn des Jahres wurde die Strukturreform Polizei 2020 zum Laufen gebracht, und damit gingen schon eine Menge Veränderungen einher. Zu nennen ist die Schaffung von Polizeiinspektionen und vor allem die Neuschaffung einer Polizeiinspektion Zentrale Dienste, mit ihren Abteilungen unter anderem der Bereitschaftspolizei. Politisch erkannt als eine der vorrangigen Aufgaben ist die personelle Aufstockung. Früherer Sparzwang hatte zu absurden Personalstärken geführt, die nicht dazu geeignet waren, die Aufgaben der Polizei abzudecken.

gilt analog für alle anderen Arbeitsbereiche, um Entlastungen zu erzielen. Weitere priorisierte Ziele sind der weitere Abbau von Unterdeckungen, wo wir uns beharrlich für weitere Hebungspakete einsetzen, und der Personalzuwachs.

Der zwingende Personalzuwachs darf keinesfalls vernachlässigt werden. Die Ausbildungskapazitäten müssen voll ausgeschöpft und ausgebaut werden. Mit einem zweiten Einstellungstermin ab 2021 ist ein weiteres Zwischenziel erreicht worden, das, wie auch die zusätzlichen Hebungen, bei Schlichtungsverhandlungen beim Innensenator durch den Personalrat erzielt wurden.

„Ich stelle mich zur Wahl, da ich mich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen mit viel Kraft und Ausdauer für unsere Belange einsetzen will. Wertschätzung, Entlastung, Transparenz – Gemeinsam Zukunft gestalten“, so Nils Winter, Personalratsvorsitzender der Polizei Bremen.

Wichtig ist, wählen zu gehen. Deine Stimme zählt und gibt uns DEINEN Rückhalt. ■

Dies ist im politischen Raum vor allem durch Intervention der GdP auf einen nun richtigen Weg gebracht worden, der jetzt zu planmäßig 6.400 Polizeibeamten führen soll, in weiterer Zukunft zu 7.000. Die Verwaltung mit knapp über 1.000 Planstellen spielt eine entscheidende Rolle bei der Erfüllung polizeilicher Aufgaben und muss entsprechend zwingend personell ertüchtigt werden.

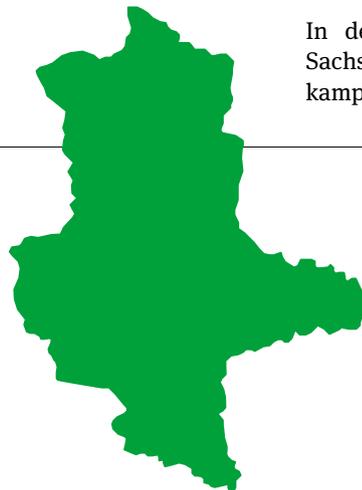
Es klemmt an vielen Ecken im Bereich der Liegenschaften der Landespolizei, da ist viel Platz für Erneuerung und Veränderung und ein weites Feld für das Engagement der GdP. Auch dieser Aufgabe stellen wir uns, geht es doch um das Wohl und die Arbeitszufriedenheit unserer Kolleginnen und Kollegen. Ein Dauerthema ist der Abbau des fortwährenden Beförderungsstaus in der Landespolizei. Dort ist die GdP mit permanenten Forderungen im Bereich der Politik unterwegs und wird dieses Thema nicht aus den Augen verlieren.

Mit Riesenschritten bewegen wir uns in Richtung der PHPR-Wahlen am **5. und 6. Mai**. Ich gehe davon aus, dass die GdP-Listen wie in den vergangenen Jahren das Votum der Wähler erhalten werden und wir somit kontinuierlich weiter an den Problemen arbeiten werden. ■

Text: Uwe Spallek

Nach Redaktionsschluss der Printausgabe teilte die GdP Sachsen-Anhalt in tiefer Trauer mit, dass der geschätzte Kollege und liebe Freund Ingo Neubert am 26. Februar 2020 völlig unerwartet verstorben ist.

In der DP-April-Ausgabe wird die GdP Sachsen-Anhalt über den weiteren Wahlkampf zur Personalratswahl berichten.



DP stellt die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten mit ihren Wahlprogrammen vor.

NORDRHEIN-WESTFALEN



Foto: GdP Nordrhein-Westfalen

Markus Robert

Spitzenkandidat der Beamtinnen und Beamten

Jutta Jakobs

Spitzenkandidatin der Tarifbeschäftigten für den Polizeihauptpersonalrat Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen ist die GdP eine Hausmacht. Bei der Personalratswahl 2016 gewannen die Kandidatinnen und

Kandidaten der GdP 409 von 559 Mandaten. Im Hauptpersonalrat der Polizei (PHPR) gilt das für 11 von 15 Sitzen. Dieses tolle Ergebnis wollen wir vom **5. bis 8. Mai** erneut erzielen.

In den vergangenen vier Jahren haben wir viel erreicht. Nicht nur bei den Einstellungszahlen und der Ausrüstung, sondern auch bei der nachhaltigen Verbesserung der Aufstiegschancen und bei der Erweiterung der Eingriffsbefugnisse der Polizei. Nichts davon hat es von selbst gegeben, sondern nur, weil wir uns immer wieder dafür stark gemacht haben. Gegenüber dem Innenministerium und den Vorgesetzten vor Ort, aber auch in der Öffentlichkeit. Deshalb treten die GdP-Kandidatinnen und -Kandidaten unter dem Motto an „Wirkt: GdP“. Denn nur starke Personalräte mit einer starken Gewerkschaft an ihrer Seite können etwas durchsetzen.

Die nachhaltigen Verbesserungen, die wir für unsere Kolleginnen und Kollegen erreichten, sind für uns zugleich eine Verpflichtung für die Zukunft, denn die Polizei steht vor massiven Herausforderungen. Nicht nur durch neue Kriminalitätsformen, sondern auch durch die Digitalisierung und den demografischen Wandel. Diesen Prozess wollen wir aktiv gestalten.

Fünf Ziele stehen deshalb für die GdP im Vordergrund:

1. Die Digitalisierung wird in den nächsten Jahren die Arbeit der Polizei grundlegend

verändern. Dabei geht es aber nicht nur um die Einführung einer neuen Technik, sondern wir wollen erreichen, dass die Digitalisierung auch zu einer nachhaltigen Arbeitsentlastung für unsere Kolleginnen und Kollegen führt.

2. Arbeit und Freizeit müssen wieder in ein Gleichgewicht gebracht werden. Deshalb führt an einer nachhaltigen Reduzierung der Arbeitszeit kein Weg vorbei! 35 Stunden sind genug!
3. In Zeiten demografischen Wandels lässt sich gutes Personal nur durch gute Arbeitsbedingungen gewinnen. Deshalb brauchen wir in allen Arbeitsbereichen der Polizei attraktive Aufstiegs- und Entwicklungsperspektiven.
4. Die Beschäftigten bei der Polizei haben ein Recht darauf, dass ihr Arbeitsplatz so gestaltet ist, dass sie dort ohne massive gesundheitliche Beeinträchtigungen bis zum Schluss arbeiten können. Krankmachende Schichtdienste müssen reduziert und der Gesundheitsschutz muss nachhaltig ausgebaut werden.
5. Gute Arbeit muss gut bezahlt werden. Hier gibt es bei der Polizei deutlichen Nachholbedarf – von den Zulagen bis zur Eingruppierung. ■



ANZEIGEN



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich.

Informieren Sie sich!

Telefon: (02207) 76 77

www.fahrzeugkauf.com

Versorgungsausgleich

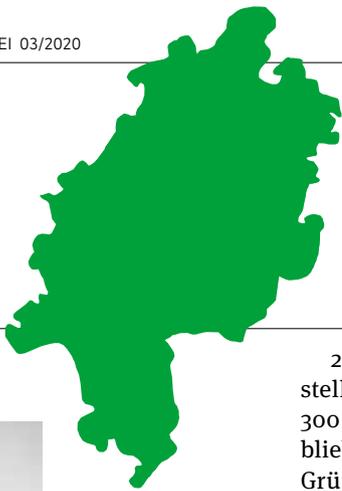
Rechtsberatung und Vertretung
in Versorgungsausgleichssachen

**Schwerpunkt: Neubewertung des
Versorgungsausgleichs wegen Tod des
Exparters – auch nach langjährigem
Rentenbezug**

RB Rudi F. Werling

Kanzlei: Güterstr. 9 * 75177 Pforzheim
Tel. 07231-32871

E-Mail: info@va-kanzlei.de
Internet: www.va-kanzlei.de



HESSEN



Foto: Grafikbüro Kaplan

Jens Mohrherr

Spitzenkandidat für den Polizeihauptpersonalrat Hessen

Hessens Polizei kämpft seit Jahren mit personeller Unterbesetzung bei ansteigendem Kriminalitätsaufkommen. Dies hat in vielen Bereichen zu erheblichen Problemen geführt. Ständige Erreichbarkeit, mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie hohe Kranken- und Überstundenberge sind unverrückbare Beweise einer personellen Mangelverwaltung. Hinzu kommen nicht planbare Ereignisse.

2016 wurden 300 zusätzliche Vollzugsstellen im Haushalt eingestellt. Von den 300 zusätzlich eingestellten Studierenden blieben am Ende aus unterschiedlichsten Gründen nur 220 übrig. Mit dem einstellungstärksten Jahrgang 2017 sollten in diesem Jahr dann 570 zusätzliche graduierte Polizei- und Kriminalkommissarinnen und -kommissare die Polizeibehörden verstärken. Legt man die 20 Prozent Abbruchquote zu Grunde, können wir den Malus rechnerisch abbilden. Selbstkündigungen und nicht bestandene Modulprüfungen sind Hauptursachen. Dies wirft die berechtigte Frage auf, ob wir in Hessen als Arbeitgeber im Vergleich mit konkurrierenden Länderpolizeien attraktiv genug sind? Erste Erosionserscheinungen im Bereich der Nachwuchsgewinnung sind bereits eingetreten und unübersehbar.

Ausbildungsoffensiven, wie sie die Landesregierung initiiert hat und hoffentlich vorantreibt, müssen mit klaren Parametern und verbindlichen Entscheidungen hinterlegt sein. Räumliche Defizite, zu wenige Praxisausbilder, fehlende Schießstätten und Einsatztrainingszentren dürfen nicht von der Kompetenz eines Landesbetriebs Bau und Immobilien Hessen abhängig bleiben.

Wir kennen die Situation in vielen Polizeiliegenschaften. Es wird immer enger und die Flexibilität unserer Beschäftigten kann

nicht groß genug sein, wenn es um ihre Arbeitsplätze geht. Mit Blick auf (schwer) bezahlbaren Wohnraum im Rhein-Main-Gebiet, fehlenden günstigen Wohnmöglichkeiten an Hochschulstandorten wie im benachbarten Rheinland-Pfalz oder sanierungsbedürftigen Lehrsaalgebäuden zeigt sich deutlich, dass ein schnelles Reagieren nicht mehr möglich ist. Leider ist man auch nicht mehr „Herr im eigenen Haus“.

Als Sofortmaßnahmen fordern wir für die Studierenden in Hessen: Deutliche Erhöhung der Anwärterbezüge, Gewährung von Freier Heilfürsorge während des Studiums, Modernisierung der Infrastrukturen der HfPV-Abteilungen Wiesbaden, Kassel und Gießen auf ein hochschulwürdiges Niveau, Studentenwohnheime, Gewährung von Wohngeldzuschuss.

Es wird Jahre dauern, bis wirksame und gesunde Personalstrukturen bei Schutz- und Kriminalpolizei aufgebaut sind. Fachkräfte mit IT-Studium und Wissenschaftler müssen gewonnen werden, um die Vollzugs-polizei zu entlasten. Die Rahmenbedingungen müssen erkennbar verbessert werden, um im Konzert der anderen Länder und der Bundespolizei wettbewerbsfähig zu sein.

Ich bitte euch daher, die GdP in den örtlichen Personalräten und bei der Wahl vom **11. bis 15. Mai** zum Hauptpersonalrat mit euren Stimmen zu unterstützen. ■

ANZEIGE



IM GRUNDE SIND SIE NUR NOCH KÖRPERLICH ANWESEND?

In letzter Zeit fühlen Sie sich von den Anforderungen im Alltag zunehmend überlastet und oft selbst Kleinigkeiten nicht mehr gewachsen? Dann könnten das erste Anzeichen für eine psychische Erkrankung sein, die Sie ernst nehmen sollten.

SEIT 1986
30 Jahre
Expertise in
ganzheitlicher
Therapie

In der Habichtswald-Klinik helfen wir Ihnen, neue Kraft zu schöpfen und Ihr Leben wieder lebenswert zu machen: Dabei integrieren wir in unserem ganzheitlichen Therapiekonzept gleichwertig die Methoden modernster wissenschaftlicher Schulmedizin und bewährter Naturheilverfahren und verstehen den Menschen immer als Einheit von Körper, Seele und Geist.

Gerne beraten wir Sie ausführlich und persönlich. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an unter **0800 - 890 11 01**. Aufnahme im Bedarfsfall: einfach und schnell.

Wigandstraße 1 · 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe · www.habichtswaldklinik.de



Habichtswald-Klinik

Klinik für Ganzheitsmedizin und Naturheilkunde

**BUND**

Foto: Grafikbüro Kaplan

Sven Hüber

Spitzenkandidat für den Polizeihauptpersonalrat im Bundesinnenministerium

Zur letzten Wahl war die GdP mit einem Konsolidierungsprogramm für die Bundespolizei angetreten und mehr als drei Viertel der Wählenden hatten den GdP-Personalräten den Auftrag gegeben, dieses umzusetzen. Jetzt liegt eine in schwierigen Zeiten beachtliche Bilanz vor. Diese reicht von der Neubewertung der Funktionen im ODP über hunderte Stellenhebungen mit „GdP-Aufstieg“ in den gehobenen

Dienst, Hebung von Tausenden Stellen für Tarifbeschäftigte bis zur Auflösung des Beförderungsstaus und Verschwinden des „Obermeister-Bauchs“ und die Einstellung tausender Kolleginnen und Kollegen zur Beseitigung des massiven Personalfehls.

In den nächsten Jahren geht es in der Bundespolizei darum, dass die Personalräte mit klugen Ideen und gewerkschaftlicher Stärke die Folgen des Personalauswuchses und enormen Generationenwechsels in einer Art bewältigen helfen, die den Interessen der Beschäftigten entspricht. Für die GdP-Personalräte bedeutet das, die „5 großen A“ in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen:

Arbeitszeit: Die Anrechnung von Ruhepausen auf die Arbeitszeit in allen operativen Bereichen, die Beendigung des Anrechnens von Minusstunden bei Krankheit und Urlaub und die Klärung der Arbeitszeitfragen in besonderen Verwendungen wie auf See oder bei Rückführungen.

Aus- und Fortbildung: Die Arbeits- und Lernbedingungen der Laufbahnausbildung müssen zielstrebig verbessert werden. Das betrifft die Liegenschafts- und Unterbringungssituation und die Lernbedingungen für die Anwärterinnen und Anwärter, aber vor allem die Unterstützung des Lehr- und Rahmenpersonals.

Attraktivität: Der Generationenumbruch und Stellenzuwachs auch bei Füh-

rungskräften des gehobenen und höheren Dienstes erfordert familienfreundlichere Regelaufstiegsmodelle, die eine bessere Planbarkeit garantieren und mehr Kolleginnen und Kollegen mit familiären Pflichten den Aufstieg ermöglichen.

Ausstattung: Die weitere Verbesserung der persönlichen Ausstattung und Ausrüstung bleibt im Fokus unserer Arbeit.

Arbeitsplatz: Der Zustand vieler Bundespolizeidienststellen ist eine gesundheitliche und arbeitsschutzrechtliche Katastrophe. Zentrale Aufgabe der Personalräte wird die Begleitung und Mitbestimmung bei der Verbesserung der Arbeitsplatz- und Raumsituation für die Beschäftigten sein.

Der Zoll benötigt dringend mehr Personal als aktuell vorgesehen, eine moderne IT, ein modernes Aus- und Fortbildungskonzept mit ausreichend vielen Bildungsstätten und Lehrenden sowie schlanke und an den Aufgaben orientierte Behördenstrukturen mit tauglichen Melde- und Befehlswegen im Bereich der Kontrolle und Kriminalitätsbekämpfung und eine strategische Neuausrichtung der vollzugspolizeilichen Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdienste.

Wir GdP-Mitglieder müssen vom **12. bis 14. Mai** zur Wahl gehen, um unsere GdP-Ziele in und mit den Personalräten zu erreichen. Auf geht's! ■

BERLIN

Foto: GdP Berlin

Norbert Cioma

Berliner GdP-Landeschef, Spitzenkandidat für den Gesamtpersonalrat



Das Wahljahr 2020 zieht sich in der Hauptstadt über das komplette Jahr. Durch die eingeleitete Polizeistrukturenform und der damit verbundenen Neuordnung der Polizeidirektionen haben bereits im Februar die ersten Wahlen begonnen. Im Frühjahr werden neben der neuen „Brennpunktdirektion“ im Stadtzentrum drei weitere Bereiche neue Personalräte zusammensetzen. **Im Herbst** folgen die Wahlen in den übrigen Dienststellen.

Als GdP stellen wir nach wie vor die größte Interessenvertretung für Polizei, Feuerwehr und LABO/Bezirksämter. Bis auf die Direktion 2 und das LKA sind bei der Polizei alle Einzel-Personalräte von der GdP geführt, wobei uns die Wahlen 2016 eine wirklich skurrile Situation bescherten. Getrieben von Gier entschlossen sich DPoG und BDK im Gesamtpersonalrat zu einer Allianz mit den Unabhängigen, um so Freistellungen zu

DP stellt die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten mit ihren Wahlprogrammen vor.

BADEN-WÜRTTEMBERG



Foto: GdP Baden-Württemberg

Hans-Jürgen Kirstein

Spitzenkandidat der Beamtinnen und Beamten für den Polizeihauptpersonalrat Baden-Württemberg

Die GdP ist in allen Personalräten Baden-Württembergs seit vielen Jahren vertreten. Über diese Gremien setzen wir uns stark für die Interessen der Polizeibeschäftigten ein. Mit Blick auf die Personalratswahlen im Dezember sind wir in den Bezirksgruppen gerade dabei, gute Teams aufzustellen. Die Bereitschaft, sich einzubringen und an unserer Zukunft mitzuarbeiten, ist in vielen Bereichen feststellbar.

erhalten und „die GdP endlich einmal aus dem Personalrat zu fegen“.

So stellen wir die Beschäftigtenvertretungen an der Basis, befinden uns aber als mit Abstand stärkste Fraktion allein in der Opposition des Gesamtpersonalrats. Das wollen und werden wir in diesem Herbst ändern. Dafür legten wir in den letzten Jahren mit basisnaher Gewerkschaftsarbeit auf allen Ebenen den Grundstein.

Die GdP ist zentraler Ansprechpartner für die politisch Verantwortlichen der Stadt und steht im stetigen Austausch mit der Führung von Polizei und Feuerwehr, mit der man speziell in den letzten Monaten gute Neuerungen für die Kolleginnen und Kollegen erreichen konnte. Genannt seien die Anhebung der Stellenplanobergrenzen, die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit bei der Feuerwehr von 48 auf 44 Stunden, das Schaffen einer Dienstvereinbarung für die Gewährung

In den letzten Jahren haben wir einiges erreicht, aber einiges gilt es noch durchzusetzen. Dazu müssen und wollen wir in den Personalräten stärker vertreten sein, um Ziele besser durchsetzen zu können, die die Konkurrenz liegen lässt. Derzeit ist die Sitzverteilung im Hauptpersonalrat insgesamt zugunsten der Konkurrenz, weshalb sie in der Lage ist, Dinge zu blockieren, die angegangen werden müssen. Hier gilt es anzusetzen, um unsere Ziele zu erreichen.

Die Übernahme von Schmerzensgeldansprüchen durch den Dienstherrn war lange überfällig und ist jetzt beschlossen. In den Tarifverhandlungen haben wir zuletzt ein gutes Ergebnis und dessen Übertragung auf die Beamten erreicht. Die Umsetzung der Dienstpostenbewertung in der jetzigen Form haben wir abgelehnt und werden sie weiterhin ablehnen. Aus unserer Sicht kommt dabei die Wertschätzung, die viele Kolleginnen und Kollegen verdient haben, überhaupt nicht zum Ausdruck. Der Dienstherr verweigert seinen Polizistinnen und Polizisten eine gerechte Tätigkeitsbewertung, die dem gehobenen Dienst zugeschrieben werden muss.

Ebenso werden wir nicht nachlassen, das Thema Erhöhung der Zulage zum lageorientierten Dienst zum Abschluss zu bringen. Die überfällige Verkürzung der Wochenarbeitszeit steht nach wie vor ganz oben auf der Agenda. Wie auch die Erreichung von al-

ternativen Arbeitszeitmodellen wie ein Lebensarbeitszeitkonto und andere fortschrittliche Flexibilisierungen.

Dafür brauchen wir Dich, denn ohne Dich geht es nicht und nur mit Deiner GdP bist Du gut vernetzt! ■

Daruf werden wir uns nicht ausruhen. Noch immer befindet sich die Hauptstadt im hinteren Besoldungsdrittel, der Sanierungsstau liegt bei mehr als einer Milliarde, die Krankenquote ist desaströs, die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf nur eine Phrase. Wir werden weiterhin auf die durchaus noch existierenden Probleme hinweisen und im konstruktiven Austausch mit der Polizeiführung, den politisch Verantwortlichen und auch anderen Institutionen an nachhaltigen Verbesserungen arbeiten. Da reden wir über die 35-Stunden-Woche, eine Besoldung auf Bundesniveau oder ein ernst gemeintes Gesundheitsmanagement

Die Zukunft wird uns weiter fordern. Die neue Polizeistruktur und deren Umsetzung wird für die Polizei weiterhin eine dieser Herausforderungen sein, genau wie die Bewertung der Einstellungszahlen in Baden-Württemberg, die völlig anders aussieht, als dies die Politik transportiert. Die Gewalt gegen Polizeibeamte, die konsequent angegangen werden muss, die gerechte Eingruppierung unserer nach Tarifvertrag beschäftigten Kolleginnen und Kollegen. Weitere dringende Themen stehen auf unserer Agenda. „Die GdP tut was. Unsere Interessenvertreter setzen sich mit viel Energie für die Interessen unserer Beschäftigten ein. Ich bin stolz darauf, mit Ihnen und Euch zusammen für eine bessere Polizei zu kämpfen.“

Schon jetzt die Bitte an alle Beschäftigten: Geht **im Dezember** wählen! Gebt uns Eure Stimme und gebt uns EUREN Rückhalt. ■

Schon jetzt die Bitte an alle Beschäftigten: Geht **im Dezember** wählen! Gebt uns Eure Stimme und gebt uns EUREN Rückhalt. ■



Im Gespräch

WENN DAS FASS ÜBERLÄUFT

Der Tropfen zu viel

Psychische Erkrankungen, die besonderen Belastungen des Berufs und Behandlungsansätze. Was steht auf der To-do-Liste der Sicherheitsbehörden?





Sven Steffes-Holländer (l.),
Facharzt für Psychosomatische
Medizin und Psychotherapie,
im Interview mit DP-Redakteur
Benjamin Jendro,

Foto: Bensmail

Benjamin Jendro

Sven Steffes-Holländer hat in seiner Laufbahn mehr als 500 Polizistinnen und Polizisten behandelt. Seit 16 Jahren beschäftigt er sich mit „seelischen“ Berufsbelastungen und Krankheitsbildern. Der Facharzt für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie leitet seit 2017 die Heiligenfeld Klinik Berlin.

DP: Herr Steffes-Holländer, wie viele Polizisten tragen eine psychische Erkrankung mit sich herum?

Sven Steffes-Holländer: Ich gehe von jedem zweiten aus.

DP: Ist das nicht etwas pauschal?

Steffes-Holländer: Ja schon, aber exakte Zahlen zu nennen, ist sehr schwierig. Es gibt Untersuchungen in verschiedenen Bundesländern. Wenn man davon ausgeht, dass die Wahrscheinlichkeit einer behandlungsbedürftigen psychischen Erkrankung in der Normalbevölkerung im Laufe der Lebensspanne laut Quellen der Bundesärztekammer bei 42,5 Prozent liegt, dürfte klar sein, dass die Erkrankungsraten aufgrund der besonderen Belastung in diesem Beruf deutlich höher liegt. Es gibt wenige genaue Daten, aber wir wissen schon, dass das Risiko, an einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS), an Depressionen, Angst- und Suchterkrankungen zu erkranken, sehr hoch ist. Vor diesem Hintergrund könnte im Laufe eines Dienstlebens jeder zweite Polizist psychisch erkranken. Da das aber häufig unentdeckt bleibt, gibt es hier eine hohe Dunkelziffer.

DP: Welche psychischen Erkrankungen treten verstärkt bei Polizisten oder auch Feuerwehrlern auf?

Steffes-Holländer: Die höchsten Raten haben wir in der Tat bei Depressionen und Angsterkrankungen, gefolgt von der PTBS. Das deckt sich bei den ersten beiden mit der Normalbevölkerung, bei der PTBS haben wir einen höheren Wert. Es gibt aber auch andere Erkrankungen wie Alkoholsucht oder sogenannte Somatisierungsstörungen, starke körperliche Symptome ohne eine erklärbare körperliche Ursache. Bei psychischen Erkrankungen haben sie selten die eine Ursache, sondern oftmals eine Verkettung.

Es gibt ein Modell für die Entstehung psychischer Erkrankungen, das Vulnerabilitäts-Stress-Modell. Jeder von uns hat eine bestimmte Anfälligkeit. Je nachdem, wie viel Stress hinzukommt, entwickelt sich eine Erkrankung oder nicht. Man kann sich das als ein Fass vorstellen, das sich im Laufe der Lebensspanne immer weiter auffüllt. Es muss nicht immer ein besonders tragisches Ereignis sein, dass dieses Fass zum Überlaufen bringt. Das erklärt auch, warum im Laufe der Dienstjahre und Hunderten von Ereignissen die Bewältigungsmechanismen irgendwann nicht mehr greifen.

Die Erkrankungsraten aufgrund der besonderen Belastung liegen in diesem Beruf deutlich höher.

DP: Ist es möglich, eine PTBS, eine Depression, generell mehrere Erkrankungen gleichzeitig zu haben? Was genau sind die Unterschiede?

Steffes-Holländer: Oft überschneidet es sich. Es gibt keine Depression, die nicht auch mit Ängsten vergesellschaftet ist. Es gibt keine Angsterkrankung, die nicht auch Wirkungen auf die Stimmung und den Antrieb hat. Auch wenn Sie die Symptome einer Angst- oder Panikstörung mit denen einer PTBS vergleichen, finden Sie große Schnittmengen. Es sind alles Stressfolgeerkrankungen. Auf der anderen Seite ist es in der Differenzierung der Erkrankungen so, dass Sie Anteile haben können, ohne zum Beispiel die vollständige Diagnose einer Depression zu erfüllen.

DP: Wie ist das in der Praxis vorstellbar, Sie diagnostizieren eine 5/8-Depression?

Steffes-Holländer: Diagnosesysteme basieren auf theoretischen Konstrukten. All diese Erkrankungen sind ein Syndrom, der Oberbegriff für eine Reihe von Symptomen, die man einer bestimmten Erkrankung zuordnen kann. Man überprüft, ob Symptome vorliegen oder nicht. Es kann also sein, dass jemand verminderten Antrieb und ein-

geschränkte Stimmung hat, trotzdem nicht alle Kriterien einer Depression erfüllt. Deshalb ist es wichtig, die Patienten genau zu untersuchen.

DP: Was sind denn Symptome für eine Depression, eine Angststörung oder eine PTBS?

Steffes-Holländer: Die Kernsymptome einer Depression sind verminderter Antrieb, man kann sich nicht mehr so gut aufrufen, verliert Lust, Interesse an Sachen, zieht sich sozial zurück, hat eine eingeschränkte Schwingungsfähigkeit, ist nicht mehr so empathisch. Manche reagieren gereizt und entwickeln Ängste im Kontakt mit anderen. Bei Angststörungen sind die bekanntesten Symptome Gefühle von Panik und Todesangst – man fängt an zu schwitzen, das Herz rast – und die Agoraphobie, die Vielen bekannte Platzangst. Dann gibt es auch noch die generalisierte Angststörung. Man kann sie auch als Sorgenstörung bezeichnen. Man macht sich plötzlich um alles und jeden Sorgen. Bei der Posttraumatischen Belastungsstörung gibt es ein Wiedererleben der Situation, Flashbacks. Man kann plötzlich nicht mehr entscheiden, ob man in der bedrohlichen Situation in der Vergangenheit ist oder im Hier und Jetzt. Man ist schreckhaft, erlebt überall Bedrohung, fühlt sich unsicher. Typisch ist eine Dissoziation, man steht neben sich, fühlt sich wie gefangen, kann nicht mehr handeln.

DP: Was sind mit Blick auf unsere Kolleginnen und Kollegen Einflussfaktoren, die diese Erkrankungen auslösen?

Steffes-Holländer: Wir wissen, dass Menschen, die ab einem gewissen Alter im Schichtdienst arbeiten, ein erhöhtes Risiko haben. Polizisten sind in der besonderen Position, dass sie es ständig mit der Lösung von Konflikten zu tun haben, verstärkt mit Situationen hoher Anspannung in Berührung kommen. Die komplette Verarbeitung dieser Erfahrungen kann nicht immer funktionieren. Das klappt, wenn man sozial gut eingebettet ist, durch das familiäre und kollegiale Umfeld unterstützt wird. Es wird aber schnell schwierig, wenn diese Komponenten wegfallen. Die Vererbung kann auch eine Rolle spielen. Wenn es in der Familie bestimmte Vorerkrankungen gibt, bedeutet das nicht zwangsläufig, dass man auch erkrankt, aber das Risiko ist hö-

her. Üblicherweise treten psychische Erkrankungen in Schwellenphasen der Biografie auf. Anfällig sind junge Erwachsene, der Eintritt ins Berufsleben erfordert eine hohe Anpassungsleistung. Man lebt das erste Mal selbstständig, in einer neuen Lebenssituation. Anfällig ist man auch beim Übergang in den Ruhestand. Hier treten viele Depressionen auf, weil die Alltagsstruktur wegbreicht, Aufgaben fehlen, man fällt in ein Loch. Das sieht man bei Polizeibeamten besonders häufig. Auch die Spanne zwischen 40 und 50 ist durch die gestiegene Verantwortung im Beruf, eigene Kinder oder auch die Pflege der Eltern eine sehr vulnerable Phase.

» Es muss nicht immer ein besonders tragisches Ereignis sein, dass dieses Fass zum Überlaufen bringt.

DP: Schichtdienst macht krank?

Steffes-Holländer: Das ist zu pauschal. Aber klar: dieser erfordert eine besonders hohe Anpassungsfähigkeit des Körpers, gerade im Wechselschichtdienst. Bei wochenweisen Schichten ist die Belastung geringer, weil sich der Körper ähnlich wie beim Jetlag nach einer gewissen Zeit an einen neuen Rhythmus anpassen kann. Wir sehen aber schon, dass bei Beschäftigten jenseits der 40 verstärkt Schlafstörungen auftreten. Wenn diese vorliegen, starte ich schon mit einem gewissen Erschöpfungsgrad in den Tag. Dazu kommt die reguläre Belastung.

DP: Kommen wir zum Fassbeispiel zurück. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, kann ein Polizist Amoklagen, Suizide, Schussabgaben erleben, und alles kann in Ordnung sein. Dann trennt sich die Frau und alles bricht zusammen?

Steffes-Holländer: Typischerweise haben wir im Leben mehrere Säulen. Das Berufliche ist wichtig. Ich kann aber auch enorme berufliche Belastungen verarbeiten, wenn ich zuhause ein ruhiges Umfeld habe. Wenn sich die Frau scheiden lässt, ist das schon

für den Nichtpolizisten eine enorme Belastung. Es geht grundsätzlich immer um Sicherheit und Vertrauen. Wenn ich dieses Grundgefühl zum Pegelabbau verliere und der Stress durch die Trennungssituation dazu kommt, läuft das Fass über.

DP: Kann es letztlich auch der verlorene Schlüssel im Supermarkt sein, der eine psychische Erkrankung auslöst?

Steffes-Holländer: Ja, der verlorene Schlüssel ist eine Stresssituation, das kann der I-Punkt oder der letzte Tropfen sein.

DP: Wie leere ich denn dieses Fass, was kann ich tun, damit es trotz stetigem Auffüllen nicht überläuft?

Steffes-Holländer: Schützende Faktoren sind regelmäßige Bewegung, jegliche Formen der Entspannung und beim Blick auf Polizisten auch außerdienstliche Aktivitäten. Weil es auch wichtig ist, wenn man über Sachen spricht. Das muss nicht immer gleich die Behandlung beim Psychologen sein, es kann auch schon das Gespräch im Freundeskreis helfen.

DP: Haben wir alle zu Beginn das gleich große Fass?

Steffes-Holländer: Nein, wir sind Individuen, die Prägung in jungen Jahren spielt hier eine besondere Rolle. Am stärksten prägen die Einflüsse bis zum 15. Lebensjahr. Die genetische Disposition, die Umstände, unter denen wir aufwachsen, bestimmen die Anfälligkeit. Aus meiner Erfahrung heraus kann dennoch jeder Mensch eine Depression, eine Angsterkrankung oder eine PTBS entwickeln. Die Analogie, dass nur ängstliche Menschen eine Angststörung bekommen können, ist nicht gültig. Es reicht eine unglückliche Verkettung der Umstände.

DP: Wie behandeln Sie solche Erkrankungen?

Steffes-Holländer: Man muss grundsätzlich zwischen ambulant und stationär unterscheiden. Bei ersteren haben wir die Gesprächstherapie. Im Stationären haben wir die Möglichkeit, unterschiedliche Therapieformen einzusetzen. Die Patienten haben ein wöchentliches Programm aus Psychotherapie, Sport und Bewegung, Entspannungsmethoden. Alle sind prinzipiell gut behandelbar. Wenn das Fass übergelaufen

ist, kann man versuchen, das Übergelaufene wegzuwischen und dann dem Patienten Möglichkeiten geben, damit das künftig nicht noch mal passiert.

DP: Wie sind die Sicherheitsbehörden nach ihrer Einschätzung im Bereich psychische Erkrankungen aufgestellt?

Steffes-Holländer: Es gibt in den letzten zehn Jahren ein stark erhöhtes Bewusstsein dafür, dass Einsätze auch psychische Folgen haben. Ich erlebe da keine Ignoranz, jedoch aber Schwierigkeiten beim Aufbau von Früherkennungs- und Behandlungsstrukturen. Das führt dazu, dass viele Erkrankungen chronifizieren. Wenn man diese früher erkennen würde, könnte man sie auch früher und damit erfolgsversprechender behandeln. Das hat nicht allein mit fehlenden Strukturen, sondern auch mit einer hohen Schamswelle, diese wahrzunehmen, zu tun. Im Bereich Prävention ist gerade durch die Arbeit der Gewerkschaften durchaus etwas passiert, und heute gibt es auch mehr Wissen über diese Erkrankungen. Das ist längst nicht der Weisheit letzter Schluss, aber diese Entstigmatisierung und Enttabuisierung sind ein Anfang. Man sollte jetzt von anderen Institutionen wie der Bundeswehr lernen. Aus meiner Sicht muss sich die Grundannahme ändern: Man sollte eher mit in Erwägung ziehen, dass eine psychische Erkrankung vorliegen kann, statt das Thema zu vermeiden. ■

Hilfreich

TV-L

Neue Tätigkeitsmerkmale

Im TV-L hat sich etwas getan. Genauer gesagt im Teil 1 (Verwaltungsdienst) der Entgeltordnung. Wir haben genau hingeschaut ...

Jutta Jakobs / Alexandra Engler

Seit dem 1. Januar 2020 gelten im Teil 1 (Verwaltungsdienst) der Entgeltordnung (EGO) des TV-L Ergänzungen. Analog der EGO's von Bund und Kommunen wurden zwei neue Tätigkeitsmerkmale eingefügt, die nun ausbildungsbezogen sind und persönliche Voraussetzungen der Beschäftigten ausweisen. Eine erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf mit einer Ausbildungsdauer von mindestens drei Jahren sowie eine abgeschlossene Hochschulausbildung für die EG 9b FG 3 werden seitdem ebenfalls ausgeführt. Eine Änderung der Anforderungen an die Tätigkeit ergibt sich allerdings nicht, es handelt sich eher um einen redaktionellen Schritt. Es bleibt vielmehr bei dem Grundsatz der Eingruppierung nach tätigkeitsbezogenen Anforderungen. An die Tätigkeitsmerkmale „gründliche Fachkenntnisse“ der EG 5 FG 1



und „gründliche, umfassende Fachkenntnisse und selbständige Leistungen“ der EG 9b FG 2 gibt es durch die Neuerungen keine erhöhten Anforderungen!

Erstaunlicherweise wird dies jedoch inzwischen in Nordrhein-Westfalen (NRW) bei verschiedenen Eingruppierungsseminaren für Personalsachbearbeiter falsch ausgelegt. Es häufen sich Anfragen bezüglich der zwingenden Anforderung einer abgeschlossenen Ausbildung und die fehlerhafte Interpretation dieser neuen Tätigkeitsmerkmale.

Wissenslücken

Der starke Personalzuwachs sowie der erst seit kurzem bestehende Rechtsanspruch auf eine aktuelle Tätigkeitsbeschreibung und -bewertung führen zu einer besonderen Belastung bei der Personalsachbearbeitung. Durch Personalfluktuation in diesen Bereichen sowie durch fehlende Fortbildungen im Tarifrecht entstehen in einigen Behörden große Wissenslücken. Statt den Personalnotstand durch Einstellung von qualifizierten Beschäftigten zu reduzieren und die Personalsachbearbeiter umfassend für die Aufgaben der Stellenbeschreibung und Bewertung zu beschulen, gehen manche Behörden einen ungewöhnlichen Weg, der nicht Schule machen darf.

Falscher Ansatz

Stellenbewertungen durch externe Beraterfirmen durchführen zu lassen ist aus vielerlei Hinsicht aus Sicht der GdP der falsche Ansatz. Die hohen Kosten externer Gutachten sind besser in der Schulung der eigenen Personalsachbearbeiter angelegt. Die Beschreibung und Bewertung spezieller Tätigkeitsraten bei der Polizei ist für außenstehende Firmen deutlich schwieriger als für Beschäftigte der Polizei. Bei Betrachtung der einzelnen Vorgehensweisen dieser Firmen stellt sich zudem die Frage, welche Expertise diese hierfür überhaupt vorweisen können. Bemerkenswert ist dies grade vor dem Hintergrund, dass einige dieser Firmen auch Schulungen im Eingruppierungsrecht anbieten, in denen die oben genannten fehlerhaften Interpretationen der neuen Tätigkeitsmerkmale verbreitet werden. Auch die unterschiedlichsten Vorgehensweisen im Rahmen der Bewertungen sind beeindruckend.

Durch die Papierlage bewerten?

Aus tarifrechtlicher Sicht ist es unverantwortlich, nur durch Papierlage oder durch viertelstündige Telefonate mit Arbeitsplatzinhabern Stellen zu bewerten.

Nicht selten wird die Festlegung von Zeitanteilen der Arbeitsvorgänge vorgegeben beziehungsweise in Frage gestellt. Es werden Arbeitsvorgänge atomisiert und zeitlich aufgespalten oder in anderer Form gegen geltende Arbeitsrechtsprechung und Tarifrecht verstoßen.

In manchen Fällen führen diese fehlerhaften und oberflächlichen Betrachtungen im Endeffekt sogar zu der Einschätzung Beschäftigte seien zu hoch eingruppiert und müssten in der Folge neue Aufgaben zugewiesen bekommen oder schlimmstenfalls sogar herabgruppiert werden.

Sträflich vernachlässigt

Auch die Mitbestimmungstatbestände der Personalräte im Rahmen der prozessbegleitenden Mitbestimmung, wie sie im Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) NRW festgelegt sind, werden in diesen Verfahren von einigen Behörden sträflich vernachlässigt. Personalräte werden nicht mit eingebunden, und Beschäftigte müssen wochenlang auf das Ergebnis der externen Berater warten, ohne die Inhalte des Bewertungsverfahrens dargelegt zu bekommen. Hier scheint in manchen Fällen neben den eigenen Eingruppierungsseminaren der GdP nur noch der Rechtsschutz der GdP zu helfen. ■

ANZEIGE

Beamtdarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig!

2,50% echter Vorteilszins

effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtdarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: 0621 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Finanzierung Hausbesitzer

Kreditzusammenfassung bis 50 % Raten senken, Kreditkündigung, Zwangsversteigerung, neg. Schufa
www.ihr-bankpartner.de
Tel.: 03681-351703

PECUNIA GmbH seit 1980

Zinsgünstige Kredite/Hypotheken für Beamte, Angestellte, Rentner bis 95 Jahre. Ohne Auskunft bis € 15.000

Tel. 02 01/22 13 48

45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker **Seit 1997**

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif • 0800-33 10 332
Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

www.Polizeifeste.de
Alle Polizeifeste auf einen Blick



JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei
Das Präventionsportal

Hingeschaut

DEUTSCHER-PERSONALRÄTE-PREIS 2020

Bewerbungs- runde eröffnet

Der „Deutsche Personalräte-Preis“ feiert Jubiläum: Im Herbst wird die Ehrung zum zehnten Mal verliehen. Ausgezeichnet werden Personalräte für beispielhafte Projekte und Initiativen von 2018 bis 2020. Die Bewerbungsfrist läuft bis 31. Mai.



Der Personalrat

Arbeits- und Gesundheitsschutz, Gewalt gegen Beschäftigte, Dienstvereinbarungen zur Teilzeitbeschäftigung, Einsatz für Auszubildende, Maßnahmen zur Inklusion – mit diesen Themen beschäftigten sich beispielsweise die Preisträger des vergangenen Jahres. Nun ist die neue Bewerbungsrunde eröffnet und die Jury des Personalräte-Preises freut sich auf Initiativen und Projekte. An Themen sollte keine Mangel herrschen.

Mit dem Preis wird seit 2010 der Einsatz von Personalräten und deren Arbeit gewürdigt. Dieser ist eine Initiative der Zeitschrift „Der Personalrat“ und wird in Kooperation mit dem DGB ausgelobt. Das Ziel: Der Arbeit und dem Einsatz von Personalräten die verdiente interne und öffentliche Anerkennung und Wertschätzung verschaffen.

Bewerben können sich einzelne Personalratsmitglieder ebenso wie komplette Gremien und dienststellenübergreifende Personalrats-Kooperationen. Mitmachen können auch Jugend- und Auszubildenden- sowie Schwerbehindertenvertretungen – diese jeweils über den Personalrat ihrer Dienststelle.

Die Jury begutachtet die eingereichten Projekte, bewertet Aufgabe, Herangehensweise und die Übertragbarkeit auf andere Bereiche oder Dienststellen. Auf dem Schöneberger Forum am 11. bis 12. November in Berlin werden Preisträger und Nominierte öffentlich geehrt und die ausgezeichneten Projekte detailliert vorgestellt.

Alle Informationen zur Bewerbung und Teilnahmebogen unter www.dprp.de.

Christof Hermann

Termine

SUCHEN UND FINDEN

Internationale Sammler- und Tauschbörse

Liebhaber ausgedienter Uniformteile von Polizei und Feuerwehr sind herzlich zu einer internationalen Sammler- und Tauschbörse am 5. April von 9 bis 14 Uhr auf dem Gelände der DHG – Dr. Herrmann Betriebsfeuerwehr in Alt-Friedrichsfelde 63 B, 12683 Berlin, eingeladen. Traditionell wird die komplette Standmiete einem sozialen Zweck gespendet. **red**

Nähere Infos: g.a.skala@t-online.de



Foto: Dusty's Box – stock.adobe.com

ANZEIGE

www.Polizeifeste.de

Action mit wasser-c-raft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 123,-
Unterkunft über uns buchbar.
Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at

Algarve/Portugal: Zaubhafte kleine Pension in Meeresnähe heißt euch herzlich willkommen. www.otartufo.com

Franken bei Bamberg, eigene Metzgerei. Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 199,- €, Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41, W. Schober, 96126 Pfaffendorf

Mittlerer Schwarzwald

Exkl. einger. Komfort-Fewos/Fhaus *****
50-160 m², für 2-6 Pers., ab 45 €/Tag, (Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unserem Schwarzwaldtal viele interessante Ausflugsmöglichkeiten (z.B. Europapark, Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger Wasserfälle) in nächster Umgebung und **Natur pur.** Hausprospekt unter Tel. 0 78 23 / 9 65 65, Fax 9 65 66
Machen Sie sich ein Bild unter www.mittelschwarzwald.de
Sie werden begeistert sein!

SOMMER ALL IN ONE PAUSCHALE

1 Woche Halbpension & Silvertacard

ab €448,-

KOSTENLOS INKLUSIVE

Alle Bergbahnen in Paznaun/Silvretta,
Wanderbus, Frei- u. Hallenbäder,
Badensee, gef. Wanderungen, MTB
Verleih, Wellness. Kinderermäß.,
Wander- u. Kinderprogramm vom TVB
Vieles neu ab Sommer 2019!

www.postsee.at info@postsee.at

POST
HOTEL
★★★★

Fam. A. Handle
A-6553 See, Au 164
T +43-5441-8219



Innenleben

70 Jahre GdP



Foto: GdP Brandenburg

Auf sieben Jahrzehnte blickt die 1950 in Hamburg gegründete Gewerkschaft der Polizei am 14. September zurück. Aus dem Zusammenschluss der Polizeibeamtenverbände der britischen Zone und West-Berlins ging die heute größte Berufsvertretung für Beschäftigte der Polizei in Deutschland hervor. In den kommenden Ausgaben erinnern sich die GdP-Vorsitzenden der Länder und Bezirke an Episoden des gewerkschaftlichen Lebens.

Gemeinsam gekämpft – unglaublich viel erreicht!

Andreas Schuster

GdP-Landesvorsitzender
Brandenburg

Die Gewerkschaft der Polizei in Brandenburg hat viele Höhen und Tiefen erlebt. Besonders schwierig wurde es, als ein Finanzminister zum Innenminister wechselte. So passiert im Jahr 2009.

Wir erlebten ein Desaster. Einen gravierenden Stellenabbau unter Rainer Speer auf 7.000 Stellen (zur Wendezeit knapp 12.000), einen absoluten Trend zur Zentralisierung im Bereich Technik und IT, aber auch in anderen polizeilichen Zuständigkeiten.

Obwohl wir bis 2010 viel erreicht hatten, wurden wir oftmals vor vollendete Tatsachen gestellt. Personal wurde gestrichen, Weihnachtsgeld abgebaut, ganz gestrichen und am Ende minimal in die Besoldung eingebaut. Die Besoldung wurde von der Tarifentwicklung abgekoppelt. Letztlich gaben sich Brandenburg und Berlin wechselseitig die rote Laterne der Besoldung in die Hand. Die GdP war mehr denn je gefordert!

Manchmal ist es gut, wenn man einen richtigen „Feind“ hat. Das gab uns den

ganz besonderen Aufwind. Wir haben in 2016 und 2017 mehr als 50 Aktionen gegen diese Sparmaßnahmen durchgeführt, darunter die symbolische Pfändung der Staatskanzlei oder Mahnwachen vor dem Landtag. Wir haben Demos organisiert, zahllose politische Gespräche geführt – und die Presse einbezogen.

Mit unserem Kampf haben wir erreicht, dass der Landtag die Regierung aufforderte, mit uns Verhandlungen zur „Erhöhung der Attraktivität des Öffentlichen Dienstes“ aufzunehmen. Diese Verhandlungen wurden über viele Stunden – manchmal mehr als zwölf – geführt, abgebrochen, wieder aufgenommen, wieder abgebrochen und wieder aufgenommen. Am Ende hatten wir als GdP ein richtig gutes Ergebnis erreicht. Alle Beamtinnen und Beamten bekamen über vier Jahre einen sogenannten Attraktivitätszuschlag. Das waren insgesamt 2.000 Euro pro Frau und Mann. Ebenso für vier Jahre wurde die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme von Tarifergebnissen zugesagt. Das war in Brandenburg nicht selbstverständlich. Zu diesen Übernahmen des Tarifergebnisses gab es insgesamt vier Mal einen Aufschlag von je 0,5 Prozent. Damit waren wir nicht mehr Letzter oder Vorletzter im Besoldungsranking, sondern rückten auf Platz 9 bis 11 – je nach Besoldungsgruppe – vor.

2017 setzten wir Verhandlungen zum Gesundheitsmanagement durch – mit Erfolg. Für jeden Bediensteten wurden 50 Euro jährlich für Gesundheitsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Aber wir machten weiter. Polizist in Brandenburg zu werden, war

weit weniger attraktiv als zum Beispiel in Sachsen, Bayern oder beim Bund. Auch für unsere Kolleginnen und Kollegen im Bestand wollten wir spürbare Verbesserungen durchsetzen. Es kam zur berühmt-berühmten Verhandlung am 21. November 2017. Um 10.00 Uhr ging es los – mit den Staatssekretären des Innen- und Finanzministeriums. Anfangs waren noch alle Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit am Tisch. Am Ende, Folgetag um zwei Uhr nachts, wurde nur noch zwischen dem Innen-, Finanzminister und der GdP verhandelt. Ergebnis: Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge ab dem 1. Januar 2019, Anhebung des Eingangsamtes Polizei auf A 8 zum gleichen Termin, Zahlung einer Zulage für die Bereitschaftspolizei von monatlich 60 Euro ab dem 1. Januar 2019, dazu Erhöhungen der Erschwerniszulagen für SE/SK und die Beendigung des Stellenabbaus. Die Stellenzahl wurde von 7.000 wieder auf 8.250 angehoben; mittlerweile auf 8.500.

Warum schreibe ich zwei Jahre später dazu? Es ist mir so wichtig, weil in allen Aktionen der GdP Kolleginnen und Kollegen bereit waren, für ihre Forderungen auf die Straße zu gehen. Weil wir unseren Grundsatz umgesetzt haben, dass Politik nur auf Druck reagiert.

Ich bin stolz darauf, dass wir gemeinsam bei unseren Forderungen wahnsinnig viel erreicht haben.

Für eine Gewerkschaft ist es grundlegend wichtig, sich den Problemen der Kolleginnen und Kollegen vor Ort zuzuwenden. Für diese ist entscheidend, was sich zwischen Daumen und Zeigefinger bewegt. Für sie ist entscheidend, wie die Arbeitsbedingungen sind, für sie ist entscheidend, wie die strukturellen Bedingungen sind und für sie ist entscheidend, wie sich ihre Gewerkschaft durchsetzen kann.

Es geht also nicht darum, dass die GdP lediglich Fachtagungen durchführt, die wenige interessieren. Es geht nicht darum, in Brüssel oder an anderen Orten große teure Veranstaltungen durchzuführen. Es geht in erster Linie nur um ein Thema – die Interessenvertretung der Kolleginnen und Kollegen vor Ort. Wenn man dieses konsequent umsetzt, hat man auch den Zuspruch der GdP-Mitglieder. ■



Foto: GdP Bayern

Arbeitgeber kontra Arbeitnehmer

Peter Schall

GdP-Landesvorsitzender
Bayern

„Wenn ich meine gewerkschaftlichen Aktivitäten Revue passieren lasse, dann hat mich am meisten die Tarifrunde 2006 beeindruckt. Damals wurde der TV-L durch die Tarifgemeinschaft der Länder mit dem Ziel eingeführt, die Personalkosten zu drücken. Ganz aktiv dabei war der damalige Ministerpräsident Edmund Stoiber. Er hatte seinen Beamten schon die 42-Stundenwoche verordnet und wollte unter dem Deckmantel der Gleichbehandlung und des Friedens in den Dienststellen auch die Tarifbeschäftigten von 38,5 auf 42 Stunden bringen.“

Sechs Wochen war die GdP Bayern mit Streikaktionen und Demonstrationen zusammen mit ver.di aktiv. Dabei mussten die Streikenden bei Laune gehalten werden, was bei winterlichen Verhältnissen mit teils strengem Frost nicht einfach war. Wie in amerikanischen Filmen waren gerade die Beschäftigten der Kfz-Werkstatt beim Polizeipräsidium München mit ihren Feuern in großen Blechfässern vor der Einfahrt immer wieder sichtbar im Streik. Dazwischen fanden diverse Demonstrationen unter starker Beteiligung aller Beschäftigten des Freistaates statt, und es gab eine solidarische Verbrüderung zwischen Pflegekräften, Krankenschwestern, Lehrern, Polizisten und den Beschäftigten der bayerischen Staatstheater, deren Kreativität hinsichtlich Transparenten und gebauten Figuren zu bewundern war.

Besonders beeindruckte mich die große Demonstration aller Polizeigewerkschaften beim Politischen Aschermittwoch der CSU, der damals noch in Passau stattfand. Rund 3.500 Kolleginnen und Kollegen, die meisten in Uniform, marschierten durch die Stadt bis zur Grenzlandhalle, wo sie mit lauten Sprechgesängen gegen die 42-Stundenwoche und verordnete Nullrunden wetterten. Einige CSU-Granden waren derart beein-

druckt, dass sie tatsächlich den polizeilichen Einsatzleiter aufforderten, mit Wasserwerfern den Einsatz zu beenden, was dieser aber vehement ablehnte.

Wir fuhren stolz nach Hause. Normalerweise wäre in den Medien von einer Revolution, ja gar von einem Staatsstreich, berichtet worden, aber dummerweise hatte der inzwischen verstorbene Jungschauspieler Daniel Küblböck ohne Führerschein einen Gurkenlaster „abgeschossen“. Das war natürlich von höchstem öffentlichem Interesse. Unsere Demo war entweder gar nicht in den Zeitungen oder allenfalls als Nebensatz unter „Vermischtes“ zu finden. Ein anderes Beispiel für die mitunter doch gesteuerte Berichterstattung war eine Demo mit 5.000 öD-Beschäftigten, die vom DGB-Haus durch die Innenstadt Münchens zog und mit der großen Abschluss-Kundgebung vor der Staatskanzlei endete. Ich höre heute noch die Rufe „Stoiber – Räuber“, auch die Redner von ver.di, GdP und dbb-Tarifunion hatten sauber „vom Leder gezogen“. Zufrieden fuhren mein damaliger Bezirksgruppen-Vorsitzender und ich anschließend nach Mühldorf zu einer Jahreshauptversammlung und schalteten den Bayerischen Rundfunk ein. Doch was wurde berichtet? Eine Demo des Marburger Bundes in Hannover mit 150 Ärzten war dem Redakteur wohl wichtiger – das interessiert einen Bayern natürlich ungemein.

Erfreulich war allerdings der Erfolg der Streikrunde: Nachdem gerade die Beschäftigten in den Kliniken im Schichtdienst und unsere Kollegen in den Kfz-Werkstätten sich ganz massiv eingespreizt hatten, blieben diese bei 38,5 Wochenstunden. Allen anderen blieb zumindest die 42-Stundenwoche erspart, wenn es auch zu einer Erhöhung auf 40,1 Stunden im TV-L kam, die übrigens noch heute gilt.“ ■



Foto: Swanjke Steh

Schwedischer Personalgewinn

Torsten Jäger

GdP-Landesvorsitzender
Schleswig-Holstein

„Im Juni 2018 war ich mit meiner Frau zu einem herrlichen skandinavischen Wohnmobilurlaub unterwegs. Von unserem Stellplatz auf dem Campingplatz in Särna in der mittelschwedischen Provinz Dalarna genossen wir bei blauem Himmel den Blick über den Fluss Österdalälven auf das Idre Fjäll.“

Dann kam die Urlaubsstörung über Handy – zunächst dachte ich: „Du bist ja selbst schuld!“ Aber plötzlich war ich in einer Telefonkonferenz mit dem Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins, Daniel Günther, dem Chef der Staatskanzlei, Dirk Schrödter, und Innenstaatssekretär Torsten Geerds, und es wurden gute Nachrichten besprochen: 150 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten und 40 Tarifbeschäftigtenstellen werden dauerhaft gesichert. Sie sollten durch sogenannte kw-Vermerke (künftig wegfallend) aus dem Personalhaushalt gestrichen werden.

In dieses Thema hatten wir als GdP viel Energie gesteckt, angefangen bei einer Resolution zum 31. Delegiertentag „Klarer Kurs für Schleswig-Holstein“, fortgesetzt durch sehr vertrauliche und auch vertrauensvolle Gespräche mit dem Ministerpräsidenten und mit der Hausspitze des Innenministeriums.

Mit diesem Anruf wurde klar, dass diese Arbeit zusammen mit vielen anderen in der Landespolizei rund 200 zusätzliche Stellen und Unterstützung für unsere Kolleginnen und Kollegen bedeutete. Der schwedische Sommertag war also ein guter Tag und wird mir als Gewerkschafter sicherlich lange in Erinnerung bleiben.“ ■

Innenleben

AG DER FRAUENGRUPPE (BUND) TAGTE

Vereinbarkeit: Beruf und Leben im Digitalzeitalter

Ende Januar kamen in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle die Mitglieder der Arbeitsgruppe (AG) „Vereinbarkeit von Beruf und Leben im Zeitalter der Digitalisierung“ zu ihrer zweiten Sitzung zusammen.

Bereits beim ersten Mal verständigten sich die Mitglieder darauf, sich vorrangig den Themenkomplexen „Entkopplung von Arbeitszeit und -ort“, „Arbeits- und Gesundheitsschutz“ sowie „Digitalisierung durch veränderte Arbeitsfelder – Chancen und Risiken“ zu widmen. Um die unterschiedlichen Erfahrungen, Sachstände und „best-practi-



Früh übt sich, wer später erfolgreiche Frauenpolitik machen möchte.

ce-Beispiele“ der Länder und des Bundes zu erheben, wurde im Vorfeld der Sitzung eine bundesweite Abfrage durchgeführt.

Die erstellte Synopse bildete die Grundlage für eine vertiefende Diskussion. Mittels einer weitergehenden Abfrage in den Landesbezirken und beim Bund sollen die bereits gewonnenen Erkenntnisse ergänzt werden. Zusätzliche Anregungen erhielten die AG-Mitglieder durch einen Impulsvortrag zu bewährten Praxisbeispielen und Zertifizierungsverfahren.

Da an dem Workshop eine junge Mutter mit ihrem Säugling und einer Begleitperson teilnehmen konnte, bewiesen die AG-Mitglieder, dass sie nicht nur von Vereinbarkeit sprechen können, sondern diese bereits leben und die erforderlichen Rahmenbedingungen hierfür schaffen.

Erklärtes Ziel ist es, das Arbeitsergebnis bei der nächsten Bundesfrauenkonferenz im Jahr 2022 vorzustellen.

Jennifer Uhl

SÜDDEUTSCHES TREFFEN

Engagiertes Treffen der Süd-Senioren

Anfang Oktober trafen sich in Wiesbaden-Frauenstein Landesvertreter der südlichen Landesbezirke der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zum sogenannten Süddeutschen Treffen. Daran nahm erstmals der nordrhein-westfälische Landesbezirk teil.

Nach der Begrüßung des GdP-Bundeswie Bezirksvorsitzenden Winfried Wahlig und einer Gedenkminute für seinen im Alter von 85 Jahren verstorbenen Bundesamtsvorgänger Heinz Blatt unterrichtete der GdP-BKA-Bezirksvorsitzende Nikolaus Speicher die Teilnehmenden über die aktuelle Situation der Gewerkschaftspolitik.

Nach einer Debatte über die Sinnhaftigkeit des Süddeutschen Treffens wurde betont, wie wichtig der Informationsaustausch sei. So solle die Veranstaltung – strukturiert – beibehalten und mit Leitlinien versehen werden. Weitere Diskussionspunkte

waren der Antrag des Bundesseniorenvorstandes (BSV) auf Erhöhung des Sterbegeldes und die Frage, ob die Erhöhung mit Antragsdatum der Senioren oder mit der Beschlussfassung des Bundesvorstandes in Kraft treten werde.

Die BKA-Bezirkssenioren stellten den Antrag auf rückwirkende Erhöhung – wobei der Bezirksvorsitzende bereits Zustimmung signalisierte. Auch müssten die Austrittszahlen bei den Senioren künftig genauer definiert werden, da bisher Sterbefälle als Austritte gezählt wurden.

Es wurde empfohlen, die Richtlinien der Senioren der Länder mit denen des Bundes vor dem Hintergrund der Antragsberechtigung zu vergleichen und zu überprüfen. Zudem wurde diskutiert, ob ein GdP-Mitglied in der Altersteilzeit schon in der Freistellungsphase vor dem Ruhestand oder der Rente zu den Senioren zähle. In einigen Landesverbänden werde das unterschiedlich gehandhabt. Die Bundessatzung lasse zu, dass Mitglieder in der Freistellungsphase zu den Senioren gezählt würden. Ebenso wird das Alter für Senioren, 55 Jahre, diskutiert. Festgestellt wurde, dass die Schlüsselzahlen in den Zusatzbestimmungen für die Wahl der Delegierten zu Delegiertentagen



in Landesverbänden unterschiedlich seien. Und: Die Broschüre „Vorbereitung auf den Ruhestand“ soll nach Auffassung der Teilnehmenden einheitlich gestaltet werden. Wichtige Informationen sollten allgemein zugänglich gemacht werden.

Kurt Rositzke

Hingeschaut

TEIL 2

Wie war es eigentlich 1989?

Während sich in vielen DDR-Bezirken bis zum Sommer immer mehr Menschen auf dem Weg nach Ungarn machten, um das „Schlupfloch in den Westen“ auszuprobieren, blieb es im Kreis Seelow in dieser Hinsicht noch ruhig.

Uwe Bräuning

Unbemerkt blieb die dramatische Entwicklung deshalb noch lange nicht. Wenige Tage nach dem 1. Juli, dem Ehrentag der Deutschen Volkspolizei, der wie üblich mit einem feierlichen Appell im Innenhof des Volkspolizeikreisamtes (VPKA) Seelow unter Anwesenheit des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung begangen wurde, ereignete sich auf dem gegenüberliegenden Puschkin-Platz eine erste spontane Demonstration. Mehr oder weniger unbemerkt von der Öffentlichkeit. Im Anschluss an eine Tanzveranstaltung im Kreiskulturhaus hatten sich dort etwa 150 junge Leute versammelt.

An jenem Abend war ich als Streifenpolizist im Dienst. Auf mich allein gestellt, aber mit dem Gefühl vermeintlicher „Unbesiegbarekeit“, wollte ich gegenüber den auf den Platz Anwesenden „polizeiliche Präsenz“ zeigen, um etwaigen Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten vorzubeugen. Angesichts der zahlenmäßigen Übermacht eine mehr als idiotische Idee. Gesetzesverstöße im eigentlichen Sinn blieben mit Ausnahme einiger auf den Boden geworfener Weinflaschen aus.

„Wir wollen endlich Freiheit und keine Lügen mehr“

Dafür nutzten die Versammelten die Anwesenheit der „Staatsmacht“, die ich in meiner VP-Uniform verkörperte, aus, um ihren Unmut über die Verhältnisse in der DDR heraus zu brüllen. „Wir wollen endlich Freiheit und keine Lügen mehr“, schallte es über den Puschkinplatz. „Weißt du eigentlich wie lächerlich du in deiner Uniform aussiehst, du SED-Diener?“, rief mir ein Mädchen zu. „Hey Bulle! Soll ich dir mal sagen, wie viele Menschen heute euren hochgelobten Arbeiter- und Bauernstaat verlassen haben?“, wurde ich von einem jungen Mann, der die Antwort sofort hinterher schob, gefragt. „Über dreitausend.“ Die Zahl löste regelrechte Beifallsbekundungen aus. „Spätestens nächste Woche bin auch verschwunden“, erklang es aus der Anonymität der Masse. Unter den Anwesenden entdeckte ich auch Kinder von Angehörigen des VPKA Seelow. Alle zeigten mehr oder weniger offen ihre Ablehnung gegenüber dem Staat und seinen Vertretern.

Schweigemarsch nach Kirchengespräch

SEELOW. Mit einem Schweigemarsch und brennenden Kerzengedachten am Montagabend Teilnehmer einer kirchlichen Veranstaltung der Opfer der Zusammenstöße vom 7. bis 9. Oktober. Zuvor hatten in der überfüllten Seelower Kirche zahlreiche Redner das Gespräch über die Zuführungen bei der Unterdrückung der Volksbewegung, über Schule, Jugendweihe und FDJ geführt. „Wir sind dankbar für Reiseerleichterungen, aber das kann erst der Anfang sein. Und: Wir wollen keine Emotionen schüren, auch bei künftigen Veranstaltungen.“ So Superintendent R. Schmidt dazu gestern gegenüber NT.

Foto: Kreisarchiv Märkisch-Oderland

„Verschwinde, du Kommunistenschwein“, ertönte eine raue Stimme. „Volkspolizisten sind wie Schnittlauch: Außen grün und innen hohl.“ Immer mehr Schmähe und Schimpfworte prasselten auf mich herab. Zwischen den Jugendlichen befanden sich junge polnische Erntehelfer. Noch vor einem Jahr hatte es in Seelow Schlägereien zwischen Polen und Deutschen gegeben. Jetzt standen Angehörige beider Nationen friedlich nebeneinander. „In unserem Land haben wir die Kommunisten davon gejagt. Ihr schafft das auch noch“, sagte ein Pole zu seinem deutschen Gegenüber.

„Ins kalte Wasser geworfen“

Ich konnte das alles nicht fassen. Innerlich geschlagen, wie ein geprügelter Hund, verließ ich bald darauf unter höhnischem „Beifall“ den Platz. Die offene Ablehnung der jungen Seelower hatte mich tief getroffen. Warum hassen sie uns so sehr? Diese Frage konnte ich mir, einmal mehr nicht beantworten.

Ende August erhielt ich die Weisung, für ein Jahr vertretungsweise einen eigenen Abschnitt zu übernehmen. Ich wurde gewissermaßen „ins kalte Wasser geworfen“. Schon bald kollidierten meine überzogenen Erwartungen mit der Wirklichkeit. „Aufregende Kriminalfälle“ stellten die absolute Ausnahme dar. Stattdessen warteten Stapel von Ermittlungsberichten in „Reiseangelegenheiten“, sprich bei beantragten West-Reisen, darauf, von mir bearbeitet werden. Zu meinen Aufgaben gehörte auch die Betreuung eines frisch aus der Haft entlassenen Bürgers. Der hatte sich mit der ihm zugewiesenen Wohnung, völlig zu Recht, alles ande-

re als zufrieden gezeigt. Mein vorschnelles Versprechen für Abhilfe zu sorgen, parierte der zuständige Bürgermeister mit einem Achselzucken. „Auf meinem Tisch liegen fünfzehn unerledigte Wohnungsanträge von jungen Familien. Da soll ich für einen Kriminellen schnell eine neue Bleibe aus dem Hut zaubern?“, knurrte mich das Dorfobhaupt ärgerlich an.

Einen echten Kriminalfall hatte es am Anfang meiner Tätigkeit, noch während der Einarbeitungsphase mit dem eigentlich zuständigen Abschnittsbevollmächtigten (ABV), jedoch gegeben. Im Rinderstall der LPG Dolgelin war ein Kalb verschwunden. Bei der Untersuchung der Örtlichkeit hatten wir Hinweise auf einen groß angelegten Diebstahl von Futtermitteln gefunden. Zu unserer großen Enttäuschung untersagte uns der Kreisstaatsanwalt und der Leiter der Seelower Kriminalpolizei weitere Ermittlungen in der Angelegenheit. Die LPG Dolgelin gehörte zu den Vorzeigebetrieben im Kreis. Auf einem Betrieb wie diesem durfte nun einmal kein Schatten fallen. Schon gar nicht am Vorabend des 40. Jahrestages der DDR.

„Gehen Sie gefälligst auf Streife und kümmern sich gefälligst nicht um Dinge, die Sie nichts angehen. Ich kläre die Sache persönlich mit dem LPG-Vorsitzenden“, gab uns der Kreisstaatsanwalt, ein hagerer Mann mit den verbitterten Gesichtszügen eines Magenkranken, zum Abschied auf dem Weg.

In diesem Moment verstand ich die Welt nicht mehr. Der Kampf gegen den Diebstahl von Volkeigentum gehörte doch angeblich zu den Hauptaufgaben der Volkspolizei. So hatte ich es jedenfalls vier Jahre zuvor auf der VP-Schule in Neustrelitz gelernt. Jetzt wurden mir offiziell die Ermittlungen in einem offenbar nicht unbedeutenden Fall entzogen.

Ganze Familien verschwinden

Im September eskalierte die Lage immer mehr. Mittlerweile verlor die DDR täglich die Einwohnerschaft einer Kleinstadt. Erstmals hatten nun auch zwei Bewohner des Kreises Seelow einen Urlaub in Ungarn genutzt, um in den Westen zu gelangen. Fataerweise handelte es sich bei den Männern um zwei Ärzte.

In den nun häufiger stattfindenden Parteyersammlungen wurde noch immer von



einer „gezielten Aktion des Gegners“, gesprochen. Angeblich gönnte uns die Bundesrepublik den 40. Jahrestag nicht. Auf die Idee, die Ursachen der anhaltenden Flucht bei sich selbst zu suchen, kam die „unfehlbare“ Partei jedoch nicht.

In der ersten Septemberwoche begann mein Vorbereitungsstudium für den Besuch der ABV-Schule im kommenden Jahr. Die einwöchigen Vorbereitungslehrgänge fanden im Abstand von zwei bis drei Monaten in Potsdam statt. Auf der Anreise mit der Bahn fielen mir unterwegs, vor allem auf den Bahnhöfen Berlin-Lichtenberg und Friedrichstraße, eine Vielzahl Schlagstock tragender Bereitschaftspolizisten auf. Den Grund dafür erfuhr ich in Potsdam: Auf den genannten Bahnhöfen kam es beinahe jeden Tag zu Auseinandersetzungen zwischen polnischen Reisenden und der Volkspolizei. Seitdem Polen die Reisefreiheit für alle eingeführt hatte, nutzten viele Einwohner des Nachbarlandes die Gelegenheit, um mit dem Verkauf von gärtnerischen Erzeugnissen oder irgendwelcher Gegenstände in Westberlin die zumeist leeren Haushaltskassen aufzufüllen. Manche Frauen boten gegen harte DM sogar ihre eigenen Körper an. Mittlerweile war in Westberlin ein zwar formal illegaler, jedoch von den Behörden geduldeter „Polenmarkt“ entstanden. Täglich reisten tausende Polen in hoffnungslos überfüllten Zügen in Berlin an. Zeitweilig kam durch den Ansturm sogar die Pass- und Zollkontrolle am Grenzübergang Friedrichstraße zum Erliegen.

In Potsdam erhielt ich die Gelegenheit, mich mit anderen angehenden ABV aus den Bezirken Frankfurt (Oder), Cottbus und Potsdam auszutauschen. Alle waren der Meinung, dass in der DDR irgendetwas in der Luft lag. Zu den Hauptthemen gehörte die anhaltende Fluchtwellen. Während es in meinem Bereich in dieser Hinsicht noch immer sehr ruhig war, wussten andere von dem plötzlichen Verschwinden ganzer Fa-

milien zu berichten. Wie sollte das Ganze nur enden?

Unerwarteter Erfolg

Immerhin konnte ich in Potsdam ein Erfolgserlebnis für mich verbuchen. An einem späten Nachmittag rückten wir in ein Freibad ein, um die Schwimmprüfung abzulegen. Während mir der Ausdauerlauf kaum Probleme bereitete, verspürte ich vor dem Schwimmen großen Respekt. Unter Aufbietung aller Kräfte gelang es mir zu meinem großen Erstaunen, die geforderten Bahnen in der festgelegten Normzeit zu absolvieren. Ich wertete den unerwarteten Erfolg als positives Omen für die Zukunft. Eiserner Wille, Ausdauer und Kraft können tatsächlich Berge versetzen.

Wieder zurück „im Abschnitt“ rief mich gegen Mittag mein Gruppenpostenleiter an. Er informierte mich, dass ein Genosse von der Kreisdienststelle des MfS mit mir eine Aktion besprechen will. Worum es dabei ging, sagte er mir nicht. Wenig später stand der angekündigte „Besucher“ in meinem Büro. Ich kannte den Mann. Gehörte er doch zu den operativen Mitarbeitern der Stasi-Kreisdienststelle, die im VPKA ein und ausgingen. Nach dem Austausch einiger Höflichkeitsfloskeln kam der MfS-Mitarbeiter auf den Punkt: In meinem Abschnitt wohnte eine Frau, deren Bruder im Frühjahr die DDR illegal verlassen hatte.

Im Moment befand sich der Bruder in einem Übergangsheim für Flüchtlinge in Hessen. Angeblich fühlte er sich dort nicht wohl. Mehr noch: Der Bruder litt unter starkem Heimweh und unter der Trennung von seiner Familie. Am liebsten wäre er in die DDR zurückgekehrt. Wenn da nicht diese Angst vor einer Haftstrafe gewesen wäre. Die Sta-

si plante, die besagte Frau zu kontaktieren und ihr Straffreiheit für den „Republikflüchtigen“, falls dieser in die DDR zurückkehrt, zuzusichern. Selbstverständlich nicht ohne entsprechende Gegenleistung. Dem Bruder fiel der Part zu, als „reumütiger Heimkehrer“ im DDR-Fernsehen aufzutreten. Als Warnung für all jene, die ebenfalls eine Flucht in den Westen planten.

Zunächst musste die Frau jedoch erstmal selbst zur Mitarbeit von der Staatssicherheit überzeugt werden. Ohne ihre aktive Mithilfe würde sich der Bruder kaum zur Rückkehr in die DDR bewegen lassen. Um die ahnungslose Frau nicht von Anfang an zu verschrecken, sollte sie nicht direkt in eine Stasi-Dienststelle, sondern ins Büro des zuständigen ABV bestellt werden. Wo jedoch nicht der ABV, in dem Fall ich, sondern der besagte MfS-Mitarbeiter auf ihr Erscheinen wartete. Ich hatte das Zimmer zuvor für mehrere Stunden zu verlassen, wie mir der Stasi-Mann in schönster Selbstverständlichkeit mitteilte.

Mein Auftrag bestand darin, die Frau Zuhause aufzusuchen und sie für den nächsten Tag um 8 Uhr zur Klärung eines Sachverhaltes vorzuladen.

Geflüchteter sollte ins DDR-Fernsehen

„Irgendetwas müssen wir uns ja einfallen lassen, um die Menschen vom Verlassen der DDR abzuhalten“, sagte ich zu dem Stasi-Mann, bei dem es sich um einen ehemaligen Lehrer handelte. Täuschte ich mich, oder wirkte er unheimlich müde? Als ob er selbst nicht an den Erfolg der Maßnahme glaubte. „Wir müssen es jedenfalls versuchen“, antwortete der MfS-Mitarbeiter.

Der Rest ist schnell erzählt. Ich lud die Frau, die zu meiner Erleichterung auf jegliche Nachfrage verzichtete, zur angegebenen Zeit vor. Sie erschien tatsächlich pünktlich. Kurz zuvor hatte ich dem Stasi-Mitarbeiter die Schlüssel meines Dienstzimmers übergeben. Während er die Frau von der Mitarbeit zu überzeugen versuchte, tourte ich durch die Gegend. Den weiteren Verlauf der Angelegenheit habe ich nie erfahren. Wahrscheinlich hat die Dynamik der folgenden Ereignisse die Aktion im Keim erstickt. Möglicherweise ist die Frau dem MfS erst gar nicht auf den Leim gegangen. Den Stasi-Mitarbei-

ter habe ich nie wiedergesehen. Später hörte ich, dass er nach der Auflösung des MfS kurzzeitig in den Schuldienst zurückkehrte, diesen jedoch bald aufgrund des Protestes vieler Eltern, wieder verlassen musste.

Aktionen wie diese waren typisch für die Endphase der DDR. Zur selben Zeit geisterte eine Nachricht durch den Blätterwald, wonach ein MITROPA-Koch von Mitarbeitern eines westlichen Geheimdienstes mittels einer Mentholzigarette betäubt und in die Bundesrepublik verschleppt wurde. Ein plumper, durchschaubarer Versuch, die wahren Ursachen der noch immer ansteigenden Flüchtlingswelle aus der DDR zu verschleiern. Ich erinnere mich noch gut daran, wie mich Jugendliche nach meiner Meinung zu der Meldung befragten. Ich tat das, was meine Vorgesetzten höchstwahrscheinlich von mir erwarteten und verteidigte die Meldung. Obwohl ich selbst starke Zweifel hegte. So etwas nennt man wohl „Schere im Kopf.“

Als nicht minder plump und hilflos erwies sich der Versuch, Antragsteller auf ein Touristik-Visum nach Ungarn vor der Erteilung einer eingehenden Überprüfung durch VP und MfS zu unterziehen. Statt auf Vertrauen zu setzen, gaben die Entscheidungsberechtigten in vielen Fällen dem Ansinnen nicht statt. Den Mitarbeiterinnen der Meldestelle im VPKA Seelow fiel die undankbare Aufgabe zu, den Leuten zu erklären, dass sie in diesem Jahr auf ihren gewohnten Ungarn-Urlaub verzichten mussten.

In den Räumlichkeiten des Pass- und Meldewesens spielten sich dramatische Szenen ab. Makabererweise betrafen die Versagungen in vielen Fällen absolut loyale DDR-Bürger, denen lediglich eine „Sicherheitsrelevante Tätigkeit“ oder eine andere besondere Qualifikation zum Verhängnis wurde. Die Sicherheit des Staates ging noch immer über alles. In diesen Tagen verdarb es sich die Regierung der DDR noch mit dem Rest des Volkes.

Neben den Botschaften der Bundesrepublik in der CSSR und Ungarn, führte die „Abstimmung mit den Füßen“ zunehmend auch über die polnische Grenze. Aufgrund der unmittelbaren Lage an der Staatsgrenze, war die Krise nun endgültig im Kreis Seelow angekommen. Quasi über Nacht begannen sich die „illegalen Grenzübertritte“ an der Oder zu häufen.

Am 12. September 1989 ordnete das VPKA Seelow einen Einsatz zur Unterstützung der Grenztruppen an. Für mich hieß es nun, neben den eigentlichen Aufgaben jeweils morgens und abends auf dem Oderdamm zwischen Kietz und Kuhbrücke zu patrouillieren. Kurz darauf verlegte die BdVP Frankfurt (Oder) Bereitschaftspolizei zur Unterstützung nach Seelow. Die Grenztruppen gruppierten Einheiten von der Westgrenze an Oder und Neiße um. Immer wieder kam es zu Festnahmen von „Grenzverletzern“. ■

Gestern war Höhepunkt

VP-Amtsleiter: Reiseregulierung bleibt, wie sie ist

Auch gestern wieder Himmel und Menschen vor dem VPKA. Der halbe Kreis schien auf den Beinen. NT wollte es genau wissen. Amtsleiter Wolfgang Nieland war 13.00 Uhr am Telefon. Wir einigten uns auf die Stichtzeit 12.00 Uhr.

„Bis zu dieser Stunde wurden durch unsere Meldestellen hier und in Letschin seit Freitag 20 000 Reiseanträge ausgegeben, wobei heute der absolute Höhepunkt zu sein scheint. Es wurden bisher 6500 Visa erteilt und rund 3000 Anträge auf Pässe sind in Bearbeitung.“

Ich möchte die Ruhe und Geduld der Bürger loben, die es unseren Mitarbeitern möglich macht, die berechtigten Reisewünsche zu erfüllen, denn immerhin sind zwei bis drei Stunden Wartezeit in Kauf zu nehmen.“

Weitere Arbeitsplätze sind einge-

richtet und zusätzliche Mitarbeiter aus allen Dienstbereichen eingesetzt worden. Der Amtsleiter wies darauf hin, daß für Paßanträge zwei Bilder nötig sind. Man sei wegen der erschwerten Bedingungen für die Ausstellung von Pässen, dazu Übergangspässen, Mehrfachvisa in Personalausweise einzutragen.

NT: Müssen sich Bürger mit normalen Meldedfällen mit anstellen?

Wolfgang Nieland: „Leider ja. Eine gesonderte Abfertigung erfahren ausländische Bürger und DDR-Bürger mit Anliegen an die Verkehrs-polizei, die am hinteren Eingang Zutritt zum Amt haben.“

Bei der Abteilung Inneres sind seit Donnerstag acht Anträge auf ständige Ausreise kurzfristig entschieden worden, zwei neue werden gerade bearbeitet, wie von dort zu erfahren war.

Forum

Kontakt zur Redaktion

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DP – DEUTSCHE POLIZEI
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-113
gdp-pressestelle@gdp.de

ZU:

Wie war es eigentlich 1989? DP 2/20

In der Februar-Ausgabe der DP fand ich den Artikel „Wie war es eigentlich 1989“ überaus informierend. Richtig spannend geschrieben – fast wie ein Krimi. Wahlen, bei denen es nichts zu wählen gab, unglaubliche Sicherheitsmaßnahmen. Und dass sich doch mal jemand getraut hat, das Maul aufzumachen und Missstände beim Namen zu nennen. Wirklich interessant! Freue mich schon auf die Fortsetzung des Artikels in der nächsten DP. Großes Lob an den Autor Uwe Bräuning!

Harald Göbel, Kulsheim-Eiersheim

ZU:

Wie wir wirken? DP 2/20

Für mich wäre es schön, wenn auch wissenschaftliche Artikel Klartext wären und der Leser nicht immer rätseln müsste, was der Autor gemeint haben könnte. Auch beim Erscheinungsbild sollte man sich auf den Geschmack der Mehrheit der Bevölkerung verlassen und nicht dem Randgruppen-Willen Rechnung tragen (Vorschriften, Wünsche, Klagen). Für mich hängt die Wirkung der Polizei nicht nur von der Kleidung ab. Ausschlaggebend ist für mich, was drinsteckt.

Die momentane Mannschaft des 1. FC Nürnberg würde auch im Trikot des FC Bayern München nicht Deutscher Fußball-Meister werden.

Natürlich sollte nicht nur aufgrund von Äußerlichkeiten beurteilt werden. Aber es ist nun mal so – privat wie im Dienst. Der erste Eindruck ist entscheidend. Was später kommt, ist eine andere Sache. Keinesfalls sollten Inneres und Äußeres vorschnell zu einer Depersonalisation führen. Von ihrer Polizei erwartet die Bevölkerung nicht nur eine saubere Uniform, sondern auch Disziplin, eine korrekte Sprache, kontrolliert im Umgangston sowie bestimmte Fähig- und Fertigkeiten. Ich weiß leider nicht, ob ich mit diesen Ansichten schon in der Mitte der Gesellschaft angekommen bin, aber ich finde es gut so.

Günter Klinger, KG Fürth

ZU:

Veganer Polizist – ein Lauch? DP 2/20

Mit dem Artikel „Veganer Polizist – ein Lauch?“ habt ihr einer Lebensanschauung – und nichts andere ist der Veganismus der Autoren – ein Portal geliefert, dass hier nicht nur die (keineswegs immer tatsächlichen) Vorzüge einer veganen Lebensstellung aufzeigt, sondern auch gleichzeitig beleidigende Formen annimmt! Im vorletzten Absatz schreiben die Autoren: „... wenn auch ihr eine fortschrittliche, aufgeklärtere und gesündere Polizei wünscht ...“ Mit dem Satz wird dem Leser aber suggeriert, dass dem aber nun mal nicht so ist!

Dass meine Gewerkschaft einer – nachgewiesenen nicht ausgereiften – Lebensanschauung ungefiltert eine Plattform bietet und dabei zulässt, dass alle Kollegen, die sich nicht vegan ernähren (das dürfte die riesengroße Mehrheit sein!) als unaufgeklärt, ungesund und rückständig abqualifiziert werden – das finde ich äußerst bedauerlich!

Ich bin seit 23 Jahren als Führungskraft in verschiedenen Positionen eingesetzt (WDF, DGL, Wachleiter) und musste erleben, wie Kolleginnen und Kollegen mit Ernährungsexperimenten (vegan, fructosefrei, Low-Carb et cetera) immer wieder scheiterten, da nur mit einer gesunden und ausgewogenen Ernährung der Schichtdienst der Polizei zu meistern ist. Die damit einhergehenden Krankheitstage mussten die anderen Kollegen dann wieder ausbaden, in einem Fall musste ein Kollege direkt in eine mehrmonatige psychosomatische Behandlung geschickt werden.

Allein die Aussage: „Vegan ist die Zukunft!“ ist eine rein persönliche Einschätzung der Autoren und wird ganz sicher nicht von den weltweit führenden Lebensmittel-Untersuchungsstellen, zum Beispiel die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE), ungefiltert geteilt. Vielmehr wird immer wieder darauf hingewiesen, dass eine rein vegane und gleichzeitig gesunde Ernährung in der Regel nur unter Zuführung von bestimmten Nahrungszusätzen möglich, und ganz sicher nicht in jedem beruflichen Anforderungsprofil durchführbar ist.

Muss das Organ einer Polizeigewerkschaft das wirklich drucken? Das könnt ihr besser.

Markus Wolff, Nortrup

DP

DEUTSCHE POLIZEI



**Nr. 3 | 69. Jahrgang 2020
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei**

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 2,90 € zzgl. Zustellgebühr
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
Wolfgang Schönwald (wsd), Ständiger Vertreter
Danica Bensmail (dab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber, gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

Andreas Schulz, karadesign

Die unter Verfassernamen erschienen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – Deutsche Polizei veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

**Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei**
Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 43 vom 1. März 2020.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkeits in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

191.067 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de

POLIZEIBEAMTE ALS ZEUGEN VOR GERICHT

Zeugenrolle und Sachverständigenstatus

Von **Heiko Artkämper** und **Carola Jakobs**.

2. Auflage 2019

Umfang: 272 Seiten

Format: 14,8 x 20,8 cm, Broschur

Preis: 24,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0853-3

Polizeibeamte sind – wie andere Bürger auch – in die staatsbürgerlichen Zeugenpflichten eingebunden. Auch als Sachverständige treten sie vermehrt im Strafverfahren vor Gericht auf. In beiden Funktionen tragen sie eine entscheidende Verantwortung für den Ausgang des Verfahrens. In den polizeilichen Ermittlungsverfahren ist der Polizeibeamte dabei weitgehend selbstständiger Ermittler. In der Hauptverhandlung ist er Zeuge oder Sachverständiger, der Rechenschaft über seine Arbeit abzulegen hat und dessen Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit geprüft wird. Besonderes Augenmerk richtet die Verteidigung auf die Verwertbarkeit polizeilicher Vernehmungen und die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben. Die gesamte Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft wird in Frage gestellt und damit nach unzulässigen Maßnahmen gesucht, für die Beweisverwertungsverbote geltend gemacht werden können. Dies ist im Rechtsstaat so vorgesehen und drängt den Beamten nur scheinbar in eine Verteidigungsrolle.

In diesem Buch vermitteln die Autoren das erforderliche Wissen für Polizeibeamte, um vor Gericht die notwendige Handlungssicherheit zu erlangen. Gleichzeitig wollen sie das – oftmals unterschätzte – Verantwortungsbewusstsein des Polizeibeamten für seine Aufgaben in einem rechtsstaatlichen und fairen Strafprozess schärfen.

Die vorliegende Neuauflage wurde inhaltlich überarbeitet und um weitere Praxistipps und Beispiele ergänzt. Rechtsprechung und Gesetzgebung wurden auf den aktuellen Stand gebracht.



DIE AUTOREN

Heiko Artkämper, Staatsanwalt als Gruppenleiter bei der Staatsanwaltschaft Dortmund und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Kriminalistik e.V.

Carola Jakobs, Oberstaatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft Dortmund.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

RUCKSACK SAFEPAK

EIN STÜCK MEHR SICHERHEIT – MIT DEM RUCKSACK SAFEPAK VON LIGHTPAK

LIGHTPAK®

Rucksack SAFEPAK

Sicherheitsfach auf der Rückseite für Geldbörse, Schlüssel und sonstige Wertgegenstände. Integrierter USB Ladeport, Trolleyband, gepolsterter Rücken, seitliches Netzfach. Reißverschlussfach auf dem Schultergurt, Reißverschluss tasche vorne, Geräumiges Hauptfach mit verdecktem Reißverschluss im Rücken, gepolsterte Fächer für Laptop und Tablet, drei gepolsterte Einsteckfächer und Reißverschlussfach innen. Farbe anthrazit, Material 600D Polyester, Maße ca. 45 x 31 x 15 cm, Innenmaße Laptopfach ca. 40 x 26 x 3,5 cm.

250312

🌟 **29,95 € 37,95 €**



Trolleyband



15 Zoll



Tablet



Zum Produktvideo:



Keine Chance für Langfinger!

Das geräumige Hauptfach mit verdecktem Reißverschluss im Rücken macht es für Langfinger nahezu unmöglich, Sie zu bestehlen. Das Sicherheitsfach auf der Rückseite bietet Schlüsseln und sonstigen Wertgegenständen ein sicheres Versteck.



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Bestellungen unter 100,- € zzgl. 4,95 € Versandkosten!

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de